tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität Ausgabe 56 · Sommer 2013 · Kostenlos

INHALT

Mehr als 2.000 Menschen demonstrierten in Solingen	**3**
„Erst stirbt das Recht - dann sterben Menschen“ Rede von Rolf Gössner	**4+5**
„Dem Schwur von Buchenwald verpflichtet“ Rede der VVN-BdA	**5+6**
„Endlich die Konsequenzen ziehen“ Rede des Solinger Appells	**7**
Sternmarsch der Schülerinnen und Schüler	**8**
MLPD, Die nützlichen Idioten der Reaktion	**8+9**
Armutsberichterstattung in Solingen	**10**
Geschichtsrevisionisten auf Schloss Burg	**11**
Aufruf "Der Aufstand der Aufrechten" zur Polizeigewalt in der Türkei	**12**
Taksim ist überall - Überall ist Widerstand	**13**
Attac-Solingen solidarisiert sich mit Blockupy - Demonstranten	**14**
Interview mit einer Teilnehmerin der Blockupy-Proteste in Frankfurt	**14+15**
PRO NRWler scheitern mit Verleumdung vor Gericht	**16+17**
Erfolg für Protest gegen Wasserprivatisierung	**17**
Ausgewählte Kurzmeldungen	**18+19**
Bürgerfunktermine	**19**
Gruppeninfos	**20**

Drei Solinger Schulen ohne Bundeswehr

Auf der Schulkonferenz der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Solingen wurde auf Initiative der SchülerInnenvertretung beschlossen: „Die Geschwister-Scholl-Gesamtschule fördert die Entwicklung einer Friedensgesinnung der Schülerinnen und Schüler. Daher lehnen wir Besuche von und die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr an unserer Schule ab.“

Die SchülerInnenvertretung reagiert damit auf den am 30. August 2012 unterzeichneten neuen Kooperationsvertrag des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen mit dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr, der den alten - für die einseitige Beeinflussung von SchülerInnen kritisierten - Kooperationsvertrag von 2008 ablöste. Die Geschwister-Scholl-Gesamtschule ist somit nach dem Gymnasium Vogelsang und dem Mildred-Scheel-Berufskolleg schon die 3. Schule in Solingen, die die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ablehnt. Weitere Solinger Schulen sollen folgen. Die Bezirksschülervertretung unterstützt die Schülervertretungen bei den Vorbereitungen. Die Schulen haben damit ein Zeichen für den Frieden gesetzt und sind deshalb auch durch den Aachener-Friedenspreis mit ausgezeichnet, der dieses Jahr an bundeswehrfreie Schulen in Deutschland ging.

Dazu Kai Kirstein für die Bezirksschülervertretung (BSV) Solingen: „Die Schulministerin, Frau Löhrmann, hatte eine langfristige Auflösung des Kooperationsabkommens mit der Bundeswehr angekündigt. Das neue Kooperationsabkommen ist zwar als Teilerfolg zur bewerten, weil ebenso Friedensorganisationen von den LehrerInnen in die Schule eingeladen werden können und auch SchülerInnen nicht mehr direkt angeworben werden dürfen, er ändert jedoch kaum etwas am Status Quo. Die Bundeswehr hat bundesweit 94 hauptamtliche Jugendoffiziere und einen Öffentlichkeitsetat von über 15. Mio. €. Dagegen stehen vereinzelte, auf Spenden angewiesene Friedensbündnisse mit ehrenamtlichen VertreterInnen. Wir werden deshalb mit unserem bundeswehrfreie Schule Arbeitsprogramm weitermachen, auch um die Langfristigkeit der Auflösung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Schulen zu verkürzen.“

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität
Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage: 3000
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
Email: tacheles-solingen@gmx.de
www.tacheles-solingen.de
Druck: Ordensgemeinschaft– Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70
Ausgabe 56 - 1. Juli 2013
ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
Bankverbindung:
Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.
BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)
Konto-Nr. 546 4641
Layout: Heinz Mähner

Frauen Info
Café Courage
Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel.: 0212 27 35 35

tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 € frei Haus

Unterstützungs-Abo 20 € frei Haus

Bankverbindung
Bürgerinitiativenbüro e.V.
BLZ 330 605 92
(Sparda Bank)
Konto-Nr. 546 4641
Stichwort „tacheles-Abo“

ÜBER 2.000 MENSCHEN DEMONSTRIERTEN UNTER DEM MOTTO „DAS PROBLEM HEIßT RASSISMUS“ ZUM 20. JAHRESTAG DES BRANDANSCHLAGES IN SOLINGEN

Über 2.000 Menschen beteiligten sich am Samstag, dem 25. Mai 2013, an der bundesweiten Demonstration unter dem Motto „Das Problem heißt Rassismus“ in Solingen. Anlass war das Gedenken an den 20. Jahrestag des Brandanschlages von vier rechten Jugendlichen auf das Haus der Familie Genç am 29. Mai 1993.

Fünf Menschen waren damals ums Leben gekommen, weitere wurden schwer verletzt. Wenige Tage zuvor hatte der Deutsche Bundestag das Grundrecht auf Asyl abgeschafft. Und ganz wie im vergangenen Jahrzehnt die MörderInnen des NSU konnten auch die Solinger Täter in vom Verfassungsschutz (VS) gesponsorten Strukturen gedeihen. Der Kampfsportverein Hak Pao, in dem die gewalttätigen Neonazis der Region, unter ihnen auch die Solinger Täter, trainierten, wurde vom V-Mann des Verfassungsschutzes Bernd Schmitt betrieben. Aus heutiger Sicht stellt sich diese Kampfsportschule als Gemeinschaftsprojekt des Verfassungsschutzes und seines V-Manns dar - als braune Kontaktbörse unter den Augen des Geheimdienstes.

Zur Demonstration, die am Südpark begann, hatte das Solinger Bündnis „Das Problem heißt Rassismus“ aufgerufen, ein Zusammenschluss des Solinger Appells, Antifa-Gruppen, antirassistischer Initiativen, migrantischer Vereine und UnterstützerInnen von Geflüchteten. Der Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist Dr. Rolf Gössner kritisierte in seinem Redebeitrag auf der Auftaktkundgebung die Ermittlungen der Behörden gegen den NSU und stellte den Verfassungsschutz als Institution in Frage. Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA, sagte, es sei die Aufgabe von AntifaschistInnen, die dem Schwur von Buchenwald verpflichtet sind, und die Aufgabe aller Menschen, die dem Geist des Humanismus verpflichtet sind, dafür zu sorgen, dass sich diese rassistischen und menschenfeindlichen Verhältnisse ändern. Dietmar Gaida sprach für den Solinger Appell - Forum gegen Krieg und Rassismus und wies auf die rassistische Grundstimmung hin, die Medien, Politik und Gesellschaft Anfang der 1990er Jahre bestimmte. Eine Vertreterin der Anatolischen Föderation Wuppertal kritisierte, dass MigrantInnen nach wie vor in der BRD diskriminiert werden. Bereits zu Beginn der Auftaktkundgebung wurden einige türkische NationalistInnen von der Demo verwiesen. Bei der ersten Zwischenkundgebung am Solinger Rathaus machten zwei SprecherInnen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen auf die rassistische Behandlung von Geflüchteten aufmerksam und forderten „Grenzen auf für alle“. Ali Dogan, Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschland, betonte wie wichtig ein internationaler und gemeinsamer Kampf gegen rechts sei, egal ob es sich um türkische NationalistInnen oder deutsche Neonazis handele. Eine Sprecherin von Antifa-Gruppen, antirassistischen Initiativen und FlüchtlingsunterstützerInnen aus NRW kritisierte den alltäglichen gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus und zog Parallelen zwischen der damaligen rassistischen Hetze gegen „Asylanten“ und der aktuellen Stimmungsmache und Abschottungspolitik gegenüber Menschen aus Mazedonien und Slowenien.

Am Ort des Brandanschlages an der Unteren Wernerstraße sprach Taner Aday. Der Journalist war Zeitzeuge und Mitbegründer des Solinger Appells, der sich in Reaktion auf den Brandanschlag bildete. Eine Gedenkminute beendete die Kundgebung am Ort des Anschlages. Auf dem Rückweg zur Abschlusskundgebung wurde ein Redebeitrag der bundesweiten antirassistischen Demo „Fight Racism Now!“, die zeitgleich in Berlin stattfand, verlesen. Zum Abschluss spielte die türkische Band Grup Yorum auf dem Neumarkt.

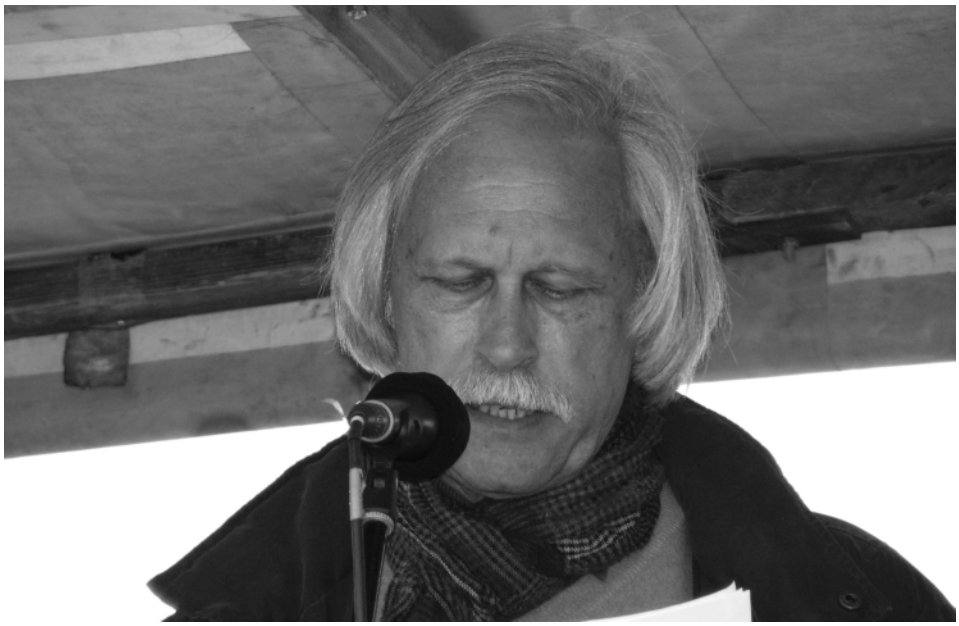
Entschlossen: Demonstration am 25. Mai in der Solinger Innenstadt

Presseerklärung des
Solinger Bündnis
„Das Problem heißt Rassismus“

„ERST STIRBT DAS RECHT - DANN STERBEN MENSCHEN“

REDE VON ROLF GÖSSNER WÄHREND DER BUNDESWEITEN DEMONSTRATION AM 25.MAI 2013 IN SOLINGEN

Wir gedenken heute der Opfer eines der schwersten Verbrechen in der Geschichte der Republik: des Solinger Brand- und Mordanschlags, bei dem fünf junge Angehörige der Familie Genç ums Leben kamen. Nur drei Tage vor dem rassistisch motivierten Anschlag hatte - nach einer verantwortungslosen Debatte um „Asylantenflut“ und „Überfremdung“ - eine große Koalition aus CDU, FDP und SPD das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. „Erst stirbt das Recht - dann sterben Menschen“. Klarer kann man den Zusammenhang dieser beiden Ereignisse kaum formulieren, wie er seinerzeit auf einer Mauer entlang der Unteren Wernerstraße nahe des Anschlagsorts in Solingen zu lesen war.



Dr. Rolf Gössner am 25. Mai 2013 im Südpark

Seitdem ist hierzulande viel Entsetzliches passiert. Nach Aufdeckung der schockierenden NSU-Mordserie und -Sprengstoff-Attentate stehen wir heute - 20 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag - vor einem historisch beispiellosen Desaster bundesdeutscher Sicherheits- und Migrationspolitik. Dass sich das offizielle Deutschland ob dieser rassistischen Verbrechen bass erstaunt zeigte, ist mehr als erstaunlich - erstaunlich, angesichts der Tatsache, dass seit 1990 weit mehr als 150 Menschen von Neonazis und anderen fremdenfeindlich eingestellten Tätern erschlagen, erstochen, zu Tode gehetzt... oder, wie in Solingen, verbrannt worden sind. Jetzt müssen wir zehn weitere Todesopfer dazurechnen.

Der Mordanschlag von Solingen war der vorläufige „Höhepunkt“ einer Serie von fremdenfeindlichen Attentaten: Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Quedlinburg, Cottbus und Mölln sind zu Synonymen geworden für diesen gewalttätigen, menschenverachtenden Rassismus. Tödliche Fanale einer „Das-Boot-ist-voll“-Debatte um „Asylmissbrauch“ und „Überfremdung“.

Rassistische Terrorangriffe finden auch heute noch statt. Und die Täter sind mitten unter uns. Tatsächlich reicht der rassistische Nährboden weit in die Mitte der Gesellschaft, weit hinein in Regierungen und Parlamente, in Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen, weit hinein in staatliche Institutionen wie Ausländer-, Polizei- und Verfassungsschutzbehörden. Es handelt sich also keineswegs allein um ein Randphänomen so genanter rechtsextremistischer Gewalttäter, wie vielfach behauptet. Auch 20 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag lautet der besorgniserregende Befund: struktureller und institutioneller Rassismus in Staat und Gesellschaft, der besonders MigrantInnen bedroht. So forderte die Abschiebepraxis zahlreiche Menschenleben und das Asyl- und Ausländerrecht schränkt Bewegungsfreiheit und Menschenrechte der Betroffenen drastisch ein.

Die NSU-Morde, die rassistisch motivierten Polizeiermittlungen im „migrantischen Milieu“ sowie die Verwicklungen des Verfassungsschutzes haben die Bundesrepublik nachhaltig erschüttert. Das offizielle Gerede von Unfähigkeit und Pannen der Sicherheitsorgane kaschiert jedoch, dass ideologische Scheuklappen für das Desaster verantwortlich waren, Ignoranz und systematische Verharmlosung des Neonazi-Spektrums - begünstigt auch durch eine jahrzehntelang einseitig ausgerichtete Politik der „Inneren Sicherheit“ auf „Linksextremismus“ und „islamistischen Extremismus“.

Mehr als ein Jahrzehnt lang kamen die Sicherheitsbehörden den rechtsterroristischen Mördern und ihrem rassistischen Hintergrund nicht auf die Spur - obwohl sie doch über ihre Nazi-V-Leute dem NSU-Trio sehr nahe und in sein Umfeld heillos verstrickt waren. Und seit Aufdeckung der Mordserie sind diese „Sicherheitsbehörden“ mit geradezu krimineller Energie damit beschäftigt, die Spuren ihres Versagens, ihrer ideologischen Verblendung und Verflechtungen in das NSU-Umfeld zu verdunkeln und zu vernichten.

Nach neueren Erkenntnissen hätte die Mordserie sogar verhindert werden können. Auf der Anklagebank müssten also weit mehr Angeklagte sitzen als Zschäpe, Wohlleben & Co.: Auf der Anklagebank fehlen die involvierten V-Leute, ihre V-Mann-Führer und alle für Versagen und Vertuschen Verantwortlichen aus Verfassungsschutz, Polizei und Sicherheitspolitik.

Wenn Geheimdienste ihre Finger im Spiel haben, dann bleiben Aufklärung und Wahrheit zwangsläufig auf der Strecke. Wie übrigens schon bei früheren rassistischen Verbrechen - erinnert sei nur an die bis heute nicht wirklich aufgeklärte Rolle des V-Manns Bernd Schmitt, dessen Kampfsportverein „Hak-Pao“ Trainingscenter der gewalttätigen Neonazi-Szene in Solingen war. Aus diesem Kreis stammten drei jener jungen Männer, die für den Solinger Brandanschlag verurteilt wurden. Aus heutiger Sicht stellt sich diese Kampfsportschule als Gemeinschaftsprojekt des Verfassungsschutzes und seines V-Manns dar - als braune Kontaktbörse unter den Augen des Geheimdienstes, als Schulungszentrum für die Nazi-Szene, in dem gewaltbereite Neonazis zusammen mit Orientierung suchenden Jugendlichen zum Kampf ausgebildet wurden. Da versuchen Sozialarbeiter

und „Exit“ junge Menschen mühsam aus der rechten Szene herauszubrechen - und hier in Solingen gab ein Geheimdienst Steuergelder für einen V-Mann aus, der exakt das Gegenteil betrieben hat. Ein Riesenskandal.

Auch andere Neonazi-Verbrechen sind bis heute nicht wirklich aufgeklärt: So etwa der Lübecker Brandanschlag auf ein Asylbewerber-Heim von 1996 mit zehn Toten oder aber das Münchner Oktoberfest-Attentat von 1980, bei dem 13 Menschen ums Leben kamen. Inzwischen verdichten sich die Hinweise, es könnte sich um einen staatsterroristischen Anschlag der Staybehind-Organisation im Bundesnachrichtendienst (BND) gehandelt haben. Darüber wird derzeit in Luxemburg in einem Aufsehen erregenden Strafprozess und im Parlament verhandelt - doch hierzulande glänzt die Bundesregierung durch Ignoranz. Auch diese Attentatsgeschichte muss wohl neu geschrieben werden.

Zurück zum bundesdeutschen Inlandsgeheimdienst mit dem euphemistischen Tarnnamen „Verfassungsschutz“: Ein antikommunistisch geprägter, skandalgeneigter Inlandsgeheimdienst, der seine eigene altnazistische Vergangenheit bis heute nicht aufgearbeitet hat, der im Kampf gegen Nazismus versagt, der Verfassung und Demokratie gefährdet und öffentlich nicht kontrollierbar ist. Jahrzehntelang hat dieser so genannte Verfassungsschutz die Neonazi-Szenen über seine bezahlten und kriminellen Spitzel mitfinanziert, rassistisch geprägt, gegen polizeiliche Ermittlungen geschützt und gestärkt, anstatt sie zu schwächen. Damit ist er selbst Teil des Neonazi-Problems geworden und gehört schon deshalb ersatzlos aufgelöst (wegen seiner Demokratiewidrigkeit ohnehin).

Wir fordern darüber hinaus eine rückhaltlose Aufklärung aller Neonazi-Verbrechen und staatlichen Verstrickungen, ernsthafte Anstrengungen gegen strukturellen und institutionellen Rassismus in Staat und Gesellschaft, eine humane Asyl- und Migrationspolitik, unabhängige Stellen zur Kontrolle der Polizei, die Stärkung zivilgesellschaftlicher Projekte gegen Rechts und eine bessere Unterstützung von Opfern rechter Gewalt.

Und verhelfen wir einer Zukunftsvision zum Durchbruch: der Vision einer geheimdienstfreien Demokratie - einer freien und offenen Gesellschaft ohne V-Leute, Lockspitzel und Gesinnungsschnüffelei; und einer Gesellschaft ohne Rassismus und Nazismus, ohne Diskriminierung und Ausgrenzung, ohne inhumane Sondergesetze und Sammellager, ohne Residenzpflicht und Arbeitsverbot für Flüchtlinge. Lasst uns heute dafür demonstrieren und täglich dafür kämpfen. Vielen Dank.

Dr. Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte (Berlin; www.ilmr.de), außerdem stellv. Richter am Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen sowie Mitglied der Deputation für Inneres der Bremischen Bürgerschaft. Mitherausgeber des jährlich erscheinenden „Grundrechte-Report. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland“.
Internet: www. rolf-goessner.de
Autor zahlreicher Bücher zum Themenbereich „Innere Sicherheit“ und Bürgerrechte, zuletzt:
- Geheime Informanten. V-Leute des Verfassungsschutzes: Neonazis im Dienst des Staates, München 2003; Akt. Neuauflage als e-book 2012 bei Knaur-Verlag, München. Download-Direktlink: http://bit.ly/J8XWNC
- Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der „Heimatfront“, Hamburg 2007.

WIR DENKEN AN SAIME, HÜLYA UND HATICE GENC, AN GÜLÜSTEN ÖTZTÜRK UND GÜRSÜN INCE

REDE VON CORNELIA KERTH, BUNDESVORSITZENDE DER VVN-BDA

Wenn wir uns heute an den Brandanschlag vom 29. Mai 1993 erinnern, erinnern wir uns natürlich zuerst an die Opfer dieses heimtückischen Verbrechens:
Wir denken an Saime, Hülya und Hatice Genc, an Gülüsten Ötztürk und Gürsün Ince. Unser Mitgefühl gilt den Familienmitgliedern, die bei dem Brandanschlag teilweise schwer verletzt wurden, der ganzen Familie, den Freundinnen, die das Geschehene nie vergessen können, die den Verlust kaum verwinden können.

Wir haben uns damals gefragt und wir fragen uns heute, wie es dazu kommen konnte. Dazu müssen wir uns zurück erinnern an die Stimmung zu Beginn der 1990er Jahre:

Am 3. Oktober 1990 endete im Bewußtsein vieler Deutscher die „Nachkriegszeit“, war doch die Existenz zweier deutscher Staaten der sichtbarste Ausdruck des verlorenen Krieges, den des deutschen Faschismus über Europa und die Welt gebracht hatte. Die militärische Zerschlagung des Nazi-Staates und die Schaffung halbwegs zivilisierter „Nachkriegsordnungen“ unter Aufsicht der Siegermächte hatte dazu geführt, dass Revanchismus, Chauvinismus und Militarismus enge Grenzen gesetzt waren. In vielen Köpfen aber lebte die völkisch-nationale

Ideologie durchaus weiter. Rassismus gehörte immer zum Alltagsbewußtsein. In der BRD konnten Nazi-Verbrecher, -Funktionäre und -Mitläufer schon früh wieder Karriere machen. Faschisten konnten sich organisieren und taten es natürlich auch. Es ist hier nicht der Ort, um detailliert darauf einzugehen. Offensichtlich war es auch in der DDR nicht gelungen, die ideologischen Wurzeln des Faschismus nachhaltig zu bekämpfen, auch hier waren Nationalismus und Rassismus weit verbreitet. Aus dem Ruf der Leipziger Montagsdemonstranten „Wir sind das Volk“ war jedenfalls schon bald „Wir sind ein Volk“ geworden. Und schon bald nach dem 3. Oktober hörte man „Deutschland den Deutschen - Ausländer raus“ in Ost und West. Bereits in den 1980er Jahren hatte es immer wieder Versuche gegeben, das im Grundgesetz verankerte Grundrecht auf Asyl abzuschaffen; die waren aber stets gescheitert. Anfang der 1990er Jahre nun, als all die Menschen aus den zerfallenden Staaten des ehemaligen Ostblocks, die 40 Jahre lang von allen Bundesregierungen eingeladen worden waren, auch kamen, war es dann so weit: „Das Boot ist voll“ titelte der „Spiegel“, „…wann sinkt das Boot“ fragte „Bild“. Und sinkende Boote waren stets überfüllt und

umringt von dunkelhaarigen Menschen zu sehen. Als im Herbst 1991 Flüchtlinge aus Hoyersweda evakuiert werden mussten, weil Politik und Polizei sich nicht in der Lage sahen, ihr Leben gegen einen rassistischen Mob zu schützen, konnten sich die Drahtzieher des Pogroms durchaus als militante Vorhut eines „Volkswillens“ verstehen. Überall im Land wurden seitdem einzelne Flüchtlinge und Unterkünfte angegriffen. In Rostock - Lichtenhagen haben wir im vergangenen August an das rassistische Pogrom erinnert, bei dem zum 1. Mal ein bewohntes Haus brannte. Die BewohnerInnen mussten stundenlang auf dem Dach ausharren, die Polizei konnte der Feuerwehr keinen Weg durch die Massen bahnen, die offensichtlich Blut oder verkohlte Leichen sehen wollten. Ebenso offensichtlich war die Situation im „Sonnen-blumenhaus“, die angeblich zum Pogrom führte, durch politisches Handeln herbeigeführt worden. So erklärt es sich auch, dass die Konsequenz aus dieser mörderischen Massenveranstaltung nicht die konsequente juristische und politische Kampfansage an Faschisten und Rassisten war, sondern die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Mord und Totschlag hatten also zum politischen Erfolg geführt! Nur drei Tage vor dem Solinger Brandanschlag hatte der Bundestag den Beschluß mit einer CDU - FDP - SPD - Mehrheit gefasst. Und nun waren „die Türken“ dran und alle anderen, die nach klassischem Nazi - Verständnis „undeutsch“ sind: Obdachlose, Behinderte, Linke und immer wieder Flüchtlinge und MigrantInnen. Mindestens 180 Menschen wurden seit 1990 aus rassistischen Gründen ermordet. Meist waren die Mörder aus Sicht der ermittelnden Polizei und der Justiz „Einzeltäter“ - wie auch hier. Obwohl - wie auch hier - die Verbindung zum organisierten Neofaschismus auf der Hand lag. Über die Rolle des Verfassungsschutz und seiner V - Leute in diesem Zusammenhang wird sicher Rolf Gössner sprechen. Nur so ist zu erklären, dass noch im Herbst 2011, kurz vor der zufälligen Enttarnung des NSU, der Innenminister behauptete, es gäbe in der BRD kein Anzei-chen für organisierten Rechts-terrorismus. Als wir im letzten Sommer unsere Aktionen in Rostock - Lichtenhagen vorbereiteten, stießen wir dort nur auf geringe Unterstützungsbereitschaft. SPD, Grüne und selbst Teile der Linken hielten uns entgegen, man dürfe „die Menschen“ in Lichtenhagen nicht verantwortlich machen für das Geschehene. Und der Bundespräsident ließ am Sonnenblumenhaus Kinder singen und pflanzte eine deutsche Eiche, wo Roma vertrieben wurden und Vietnamesen fast verbrannt worden wären. Welche Symbolik! Womit wir wieder im „hier und heute“ sind. Die FES führt seit 2002 Studien zu „rechtextremen Einstellungen“ in der „Mitte der Gesellschaft“ durch. 2012 fanden die Autoren heraus, dass mehr als 65% der Deutschen zumindest teilweise der Aussage zustimmen „die Ausländer kommen hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“. Angeführt werden sie dabei von einem Innenminister, der dies gern in jedes Mikrophon sagt und mit dieser Begründung bei der EU - Kommission die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Ost - erweiterten Europa beantragt hat. Er ist daran gescheitert, dass er für diese Behauptung keinen Beleg voweisen konnte. Fast 70% der Deutschen meinen - wenigstens teilweise - „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“, 57% stimmen zumindest teilweise der Forderung zu, oberstes Ziel deutscher Politik sollte es sein, „Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“. 40% finden wenigstens teilweise, Deutschland brauche jetzt eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

20 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen, bei dem 5 Menschen starben, mehrere Menschen so schwer verletzt wurden, dass sie für ihr Leben davon gezeichnet sind und viele andere durch diese schreckliche Erinnerung sicher nie wieder unbeschwert leben können, hat sich nichts zum Guten gewandelt.

Die täglich neu ans Licht kommende VS - und Ermittlungsskandale, die alltägliche Tolerierung und Verharmlosung faschistischer Umtriebe, die unerhörten Geschmackslosigkeiten, Nachlässigkeiten und Verzögerungen, die sich jetzt schon im und um den NSU - Prozeß abzeichnen, die staatliche Hetze gegen Flüchtlinge und der staatstragende Rassismus - wie u. a. von dem immer noch SPD - Mitglied Sacharazin verbreitet wird, schaffen ein Klima, in dem jederzeit ähnliches wieder möglich ist. Es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe von Anti - Faschisten, die dem Schwur von Buchenwald verpflichtet sind, und die Aufgabe aller Menschen, die dem Geist des Humanismus verpflichtet sind, dafür zu sorgen, dass sich die Verhältnisse ändern. Dafür demonstrieren wir heute und dafür müssen wir weiter im Alltag kämpfen!

Rede vom 25.5.2013 Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA.

alfa
MESSEBAU
UWE ALVERMANN
BURGSTRASSE 112
42655 SOLINGEN
TELEFON (02 12) 31 06 61
TELEFAX (02 12) 31 15 59
MOBIL 0172-655 68 22
U.ALVERMANN@ARCOR.DE

ENDLICH DIE KONSEQUENZEN AUS ‚SOLINGEN' ZIEHEN

REDE VON DIETMAR GAIDA FÜR DEN SOLINGER APPELL

Ich freue mich, dass hier so viele Menschen versammelt sind, die wollen, dass endlich ernsthaft verhindert wird, dass die Entwicklung so weitergeht, bei der seit 1990 mehr als 180 Menschen von Nazis ermordet wurden, darunter fünf türkischstämmige Mädchen und Frauen in Solingen.

Der Solinger Appell, für den ich hier spreche, gründete sich unmittelbar nach dem Brandanschlag mit Menschen aus der antirassistischen und antifaschistischen Bewegung, Migrantenselbstorganisationen, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen. Was uns einte gilt bis heute: Wir wollen, dass endlich die überfälligen Konsequenzen aus dem rassistischen Brandanschlag von Solingen gezogen werden.

Dem Brandanschlag vorausgegangen war ab 1986 eine vor allem von PolitikerInnen der CDU/CSU und einzelnen Medien geschürte Kampagne gegen Flüchtlinge. Die Stimmung gegen AusländerInnen wurde mit dem Ziel der Einschränkung des Asylrechts massiv aufgehetzt. Mit den Worten „Asylantenflut" und „das Boot ist voll" wurden Ängste geschürt. Es kam zu Pogromen und Anschlägen gegen MigrantInnen. In Hoyerswerda wurden 1991 eine Woche lang Wohnheime angegriffen. In Hünxe warfen im selben Jahr Jugendliche Brandsätze in die Wohnung einer Familie. In Rostock-Lichtenhagen gab es 1992 fünf Tage lang Ausschreitungen und Mordversuche. In Mölln verübten 1992 Nazis Brandanschläge gegen zwei bewohnte Gebäude, drei Menschen wurden ermordet, neun verletzt.

Auch in Solingen gab es zahlreiche Angriffe und Anschläge vor dem Brandanschlag: 1992/1993 häuften sich Drohanrufe und -briefe. Im Mai 1992 überfielen bewaffnete Rechtsextremisten ein Flüchtlingsheim in Solingen-Ohligs, vier Bewohner wurden verletzt. Im Dezember 1992 wurde eine Gruppe Roma in Solingen-Wald von 7 bis 8 Jugendlichen mit Leuchtspurmunition beschossen. Im Februar 1993 setzten unbekannte Täter eine Moschee nahe der Innenstadt in Brand. In der arabischen Moschee wurde im April 1993 Feuer gelegt. Am 21.5.1993 wurde ein Brandanschlag auf den Laden eines türkischen Lebensmittelhändlers verübt.

Zeitgleich bezahlte der Verfassungsschutz einen V-Mann dafür, in Solingen eine Kampfsportschule zu betreiben, bei der die Nationalistische Front trainierte, die Saalschutz für extrem rechte Parteien organisierte und deutsche Abende in der Kampfsportschule betrieb. Drei der vier verurteilten Täter trainierten hier. Hier wurden junge Menschen mit Unterstützung des Verfassungsschutzes mit bundesweit bekannten Nazis zusammengebracht. Dieser unglaubliche Skandal ist bis heute nicht wirklich aufgeklärt. Auch bei der rassistischen Mordserie des NSU wird die Unterstützung von Verfassungsschutzbehörden für das Umfeld der Täter systematisch vertuscht oder ausgeblendet. Wann gibt es endlich auch in NRW einen Untersuchungsausschuss zu den NSU-Morden?

Hier stand das der Familie Genç. Heute stehen fünf Kastanienbäume in der Lücke

Wir erleben in diesen Monaten in Solingen ein starkes Bemühen um gemeinsames Gedenken an die Opfer des Brandanschlags. Das ist gut so. Die meisten Medien und politisch Verantwortlichen wollen aber nichts davon hören, worum es vor allem gehen muss, wenn wir über 'Solingen 93' sprechen. Wir wollen, dass endlich die Konsequenzen aus 'Solingen' gezogen werden. Dies stand schon im ersten Demoaufruf nach dem Anschlag: „Rassismus wird geschürt - Menschen wurden verbrannt. Wir müssen uns endlich wehren!" Deshalb:

- Lasst uns gemeinsam der rassistischen Hetze von Medien und PolitikerInnen entgegentreten, die sich heute u.a. auch wieder gegen Roma richtet.
- Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Naziparteien verboten werden, dass die nazistischen Strukturen zerschlagen werden.
- Lasst uns durchsetzen, dass antirassistische und antifaschistische Arbeit viel besser unterstützt wird, statt den Einsatz gegen Nazis zu kriminalisieren
- Lasst uns durchsetzen, dass es nicht mehr hingenommen wird, dass der Staat die rechtsextreme Szene mit seinem unsäglichen V-Mann-Unwesen finanziell und personell stärkt.
- Lasst uns kämpfen für gleiche politische und soziale Rechte für alle hier lebenden Menschen.
- Lasst uns dafür kämpfen, dass es nicht mehr hingenommen wird, dass viele Menschen hier kein Wahlrecht haben, dass den hier lebenden türkeistämmigen Menschen das Recht auf die doppelte Staatsbürgerschaft verweigert wird.
- Lasst uns gemeinsam die Lebenssituation der Flüchtlinge verbessern und ein wirkliches Bleiberecht durchsetzen.
- Lasst uns als AntirassistInnen mit und ohne Migrationshintergrund viel stärker zusammenarbeiten.
- Lasst uns aber vor allen Dingen den RassistInnen schneller entgegentreten. Es war sicherlich ein Fehler auch der antirassistischen Bewegung, auf die Kampfsportschule für Rechtsextremisten, auf die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen nicht viel stärker und viel früher reagiert zu haben.

Dies darf nie wieder vorkommen!

Und so grüßen wir mit unserer Demonstration auch diejenigen, die wegen ihrer Proteste gegen den Naziaufmarsch in Dresden vor Gericht stehen. Ohne deren Widerstand gegen die Nazis wäre die Situation noch schlimmer. Lasst die Leute frei!

Ich wünsche uns eine wunderschöne, kraftvolle Demonstration. Wir lassen uns nicht provozieren - wir wollen, dass diese Demonstration ein starkes Zeichen dafür wird, endlich die notwendigen Konsequenzen aus „Solingen" zu ziehen:

- Schluss mit der rassistischen Hetze!
- Ernsthafte Bekämpfung der Nazis!
- Gleiche politische und soziale Rechte für alle Menschen in diesem Land!

STERNMARSCH DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER

1000 SchülerInnen folgten am 20. Jahrestag des Brandanschlags dem Aufruf der Bezirksschülervertretung zu einer Demonstration gege Rassismus

MLPD, DIE NÜTZLICHEN IDIOTEN DER REAKTION

Wir sind einiges gewöhnt von den Kämpfern und Kämpferinnen des einzig wahren Sozialismus namens MLPD. Da gab es in Solingen kaum eine Bewegung in den letzten Jahren, in denen die MLPD oder ihr Transmis-sionsriemen, Solingen aktiv, mitgemischt hat, welche nicht von den Gralshütern der reinen Lehre vor die Wand gefahren wurde. Konkret sind vor Ort Belege dafür die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV und die Kinderlobby gegen die unsinnige Schließung von Kitas, sowie der Versuch mit einem „Solingen wehrt sich"-Bündnis, „Solingen gehört uns" zu spalten. Hier hat die MLPD immer wieder versucht, hoffnungsvolle Ansätze fortschrittlicher Bündnisse zu schaden, weil ihr die kurzfristige Stärkung ihrer Partei, in der Auseinandersetzung mit konkurrierenden Linken, wichtiger war als der gemeinsame Erfolg von Bündnissen.

Dabei geht die ML-Partei immer nach dem gleichen Strickmuster vor. Bis sie Positionen erobert hat, ordnet sie sich ein. Dann eröffnet sie den Kampf mit anderen linken Gruppen, um sich als die konsequenteste linke Kraft zu profilieren. Von nun an steht nicht mehr das gemeinsame Ziel des Bündnisses im Fokus, sondern die Stärkung der eigenen Partei und deren Umfeld. Wenn sie dann einige Neue für sich gewonnen hat, ist ihr alles andere egal. Dann wird das volle Programm der Selbstdarstellung abgespult, um nach Außen den Eindruck zu erwecken, dass die Bewegung oder Aktion - vielmehr was davon noch übrig ist - hauptsächlich von der MLPD initiiert und getragen wird.

Würde es die MLPD nicht geben, hätte sie die staatstragende Reaktion zur Schwächung linker Bündnisse selbst erfinden müssen. Wie in den Niederlanden, wo der Verfassungsschutz, mangels einer nennenswerten Anzahl von durchgeknallten, stalinistischen Maoisten, dies praktiziert. Nach eigenen Aussagen hat er die MLPN selbst gegründet und nach getaner Arbeit wieder aufgelöst.

Der „Solinger Appell", „Solingen gehört uns" und „bunt statt braun" haben sich aus guten Gründen von der MLPD distanziert und eine Zusammenarbeit mit ihr abgelehnt, weil diese Partei sich nicht an Absprachen hält und bündnisunfähig ist. Als einzige halten sich die MLPD`er auch grundsätzlich nicht daran, wenn vereinbart wurde, dass Parteien sich zurückhalten und nicht ihre Parteifahnen zeigen sollen. Die Selbstdarstellung ist ihr wichtiger als die Breite von Bündnissen.

Wie sich die selbsternannte führende Partei der Arbeiterklasse jüngst, bezüglich der Aktivitäten zum 20. Jahrestag des Solinger Brandanschlages, benommen hat, krönt allerdings ihre destruktive Rolle in solchen Bündnissen.

Zur großen Demonstration am 25. Mai erklärt sie über ihren Jugendverband: „Wir unterzeichnen den Demo-Aufruf dazu kritisch. Insbesondere stößt es einem sauer auf, wie

die Masse der Bevölkerung fast gleichgesetzt wird mit dem Rassismus in staatlichen Behörden und bei Faschisten. Kein Wort über die antifaschistischen und antirassistischen Massendemonstrationen, die es 1993 in Solingen gab. Ganz Solingen positionierte sich damals klar gegen den Brandanschlag. Das prägte ein bis heute gerade unter der Solinger Jugend tief verankertes antifaschistisches Bewusstsein. Der Rassismus entsteht nicht einfach in den Köpfen der Massen - er wird durch die kapitalistische Konkurrenz, durch reaktionäre bürgerliche Politiker und durch faschistische Organisationen und Parteien gezüchtet. Deshalb steht der REBELL auch dafür ein, den Kapitalismus zu stürzen, um den braunen Sumpf trockenzulegen."

Die CDU hat dies besser formuliert: „Solingen ist die Hauptstadt der Integration!" Abgesehen von der theoretischen Fehlleistung, dass der „braune Sumpf" trotz kapitalistischer Rahmenbedingungen, im Bündnis mit bürgerlichen Demokraten „trockengelegt" werden muss (eine der grundsätzlichen Lehren der Weimarer Republik, wonach der Kampf gegen den Faschismus nicht mit dem gegen Kapitalismus gleichgesetzt oder verwechselt werden darf), hat sich keiner der zahlreichen und sehr unterschiedlichen Aufrufer zur Demo vom Aufruf distanziert. So etwas liegt in der Natur eines breiten Bündnisses. Wir haben ein halbes Jahr über den Aufruf zur Demo diskutiert und einen Konsens gefunden von dem sich niemand distanzieren musste. Nur die MLPD, die sich an diesen inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen im Bündnis überhaupt nicht beteiligt hat, meint dies tun zu müssen. Die Formulierung, wonach sich „ganz Solingen damals gegen den Brandanschlag positionierte", offenbart auch eine gewisse Unfähigkeit zur Analyse der Realität, welche gleichermaßen auch bei der CDU festzustellen ist, wenn Solingen die Hauptstadt der Integration genannt wird.

Wer sich allerdings selbst einredet, dass MLPD und REBELL „in diesen Aktionen mit vorne dran" standen und „den Gedanken und die Losungen des proletarischen Internationalismus, des kämpferischen Antifaschismus und des Auswegs des echten Sozialismus" erfolgreich aufzeigten, der muss ja zu dem Schluss kommen, dass „ganz Solingen" antifaschistisch war und ist. Und deshalb war laut MLPD ja auch „der Brandanschlag in Solingen zugleich auch der Auftakt zu einer breiten antifaschistischen Massenbewegung in Solingen, die bis heute anhält".

„MLPD und REBELL waren mit offenem Mikrophon vertreten. Mit zahlreichen Kurzreden und Diskussionsbeiträgen, Rufparolen und Liedern war das ein kämpferischer Anziehungspunkt im Demonstrationszug. Die antikommunistisch motivierte Ausgrenzungspolitik einiger Vertreter im Bündnis spielte bei der Demonstration keine Rolle", triumphiert die „Rote Fahne", ohne zu verschweigen, dass „Gabi Gärtner, Kandidatin der MLPD aus Solingen bei der Bundestagswahl 2013, aufdeckte, dass die tatsächliche Rolle des 'Verfassungsschutzes' bei dem Brandanschlag im Jahr 1993 bis heute nicht aufgeklärt ist." Danke Gabi, dass Du uns hier endlich aufgeklärt hast.

Worin die „Ausgrenzungspolitik" des Bündnisses für die überaus erfolgreiche antirassistische Demonstration gegenüber der MLPD bestand, wird wohl ein internes Geheimnis der MLPD selbst bleiben. Wahrscheinlich ist aber der Wunsch der Veranstalter gemeint, sich auf der Demonstration parteipolitisch zurück zu halten.

Auch bei der Schülerdemonstration beteiligten sich „MLPD und REBELL sichtbar, kulturvoll und kämpferisch an der Aktion: mit der „Bergischen Arbeiterstimme", der Kreiszeitung der MLPD Bergisches Land, unter der Überschrift „Keinen Fußbreit den Faschisten!", mit einem Transparent und Schild zum „Verbot aller faschistischen Organisationen". Das war laut MLPD „jedoch nur möglich gegen massive Unterdrückungsversuche der Leitung der Bezirksschülervertretung. Ihre tonangebenden Leute wollten uns das eigenständige Auftreten verbieten, drohten mit Ausschluss aus der Demonstration, beschimpften uns teilweise aggressiv und holten schließlich die Polizei, um unsere Schilder einzusammeln, die Anlage zu kassieren bzw. uns aus dem Zug heraus zu holen. Ein ungeheuerlicher Vorgang, der vor allem von SDAJ-Mitgliedern ausging. Es ist beschämend für eine Organisation, die sich sozialistisch nennt, wenn sie den antifaschistischen Kampf auf eine antikommunistische Grundlage verpflichten will. Das stieß unter den Schülern auf breite Kritik. Offensichtlich hatten sie sich einem Diktat von Schulleitern unterworfen, dass die Demonstration „unpolitisch" gehalten werden sollte. Die Stadt machte eine finanzielle Bezuschussung offenbar davon abhängig, dass sich die Aktion gegen „Extremismus jeder Art" wenden sollte, womit sie Faschisten und Marxisten-Leninisten demagogisch in einen Topf warfen. Und das bei einer antifaschistischen Demonstration! Dabei ist doch die größtmögliche Einheit über weltanschauliche Differenzen hinweg eine wichtige Lehre aus der Niederlage gegen den Hitler-Faschismus. Aus Antikommunismus verweigerte die SPD-Führung damals den gemeinsamen Kampf mit der KPD.

„Trotzdem", heißt es in der MLPD-Zeitung weiter, „war Gabi Gärtner, MLPD-Direktkandidatin für die Bundestagswahl in Solingen/Remscheid/Wuppertal-West, heute wie auch schon vor 20 Jahren dabei und berichtete vom antifaschistischen Widerstand Solingens". Die Nachricht, dass Frau Gärtner die Kandidatin für die MLPD, nicht nur in Solingen und Remscheid, sondern auch in Wuppertal-West ist, scheint hier den gleichen Stellenwert zu haben, wie ihre Rolle beim antifaschistischen Widerstand.

Richtig ekelhaft wird die MLPD aber in ihrer denunziatorischen Rolle gegenüber der linken Konkurrenz seitens der SDAJ.

Nur weil die SDAJ sich an die Vereinbarung hält, dass auf der Schülerdemonstration keine Parteien auftreten sollten, bezichtigt sie diese als antikommunistischen Vollstrecker des Verfassungsschutzes und „Ordnungsfaktor" im Geiste des CDU-Oberbürgermeisters. So ganz nebenbei denunziert die MLPD damit auch die Bezirksschülervertretung als SDAJ-dominiert. Wofür brauchen wir dann noch den Verfassungsschutz wenn es schon eine MLPD gibt?

Frank Knoche

(ebenfalls von Gabi Gärtner als „schlimmer wie der Verfassungsschutz, die CDU und das Solinger Tageblatt" tituliert)

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf

MigratInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

ARMUTSBERICHTERSTATTUNG IN SOLINGEN

Im Rahmen der DGB-Armutskonferenz Anfang des Jahres stellte sich die Frage, wie und wann die Armutsberichterstattung in Solingen zu Stande kam und was da eigentlich geplant und beschlossen wurde. Frank Knoche hat dies noch einmal zusammengefasst:

Am 20.4.2010 stellte die Verwaltung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Wohnen, Senioren und Beschäftigungsförderung (ASGWSB) einen Zwischenbericht über die Armutsberichterstattung der Stadt Solingen vor und verkündet abschließend die Devise: „Armutsbekämpfung ist zum Tagesgeschäft der Verwaltung geworden und nicht abhängig von seitenfüllenden Berichten." Verbunden mit der Erklärung, dass es in der Verwaltung ohne Bewilligung zusätzlicher Mittel keinerlei Kapazitäten mehr gäbe, die Armutsberichterstattung fortzusetzen, war dies das vorläufige Ende der Armutsberichterstattung. Auch in der vorhergehenden Diskussion war klar, dass es keine zusätzlichen finanziellen

Mittel geben würde, aber die Verwaltung erklärte sich damals noch bereit „ihre Stärken als Moderator und Initiator zu nutzen und vorhandene Potentiale zusammen zu führen". Aber selbst dazu erklärte sich die Verwaltung jetzt nicht mehr in der Lage. In der prekären Haushaltssituation fand sich in der Haushaltsdiskussion keine politische Mehrheit, hierfür zusätzliche finanzielle Mittel bereit zu stellen.
Auf der Grundlage verschiedener Beschlüsse des Sozialausschusses war folgendes geplant:

- Fortlaufende Entwicklung von Teilberichten mit einheitlicher Struktur (Istdarstellung, Analyse der Istdarstellung, Entwicklung von Maßnahmen/Handlungsfeldern, Umsetzung und Wirksamkeitsdialog)
- Vorlage 1. Teilbericht „Kinderarmut" in 2007 (umgesetzt)
- Vorlage 2. Teilbericht „Altersarmut" in 2008 (rudimentär umgesetzt)
- Vorlage 3. Teilbericht „Frauen und Armut" bis Herbst 2009 (nicht umgesetzt)
- Weitere Berichte über Armut bei Menschen mit Behinderungen, bei Pflegebedürftigen, bei Migranten, bei Krankheit und Sucht und Armut in prekären Lebenslagen (nicht umgesetzt)

Bis zum Jahr 2004 gab es im Haushalt der Stadt noch eine, damals von rot-grün geschaffene, Position „Armuts-Reichtumsbericht", die symbolisch mit 10 Euro etatisiert war. Im Protokoll der Sitzung des Sozialausschusses vom 11.3.2004, über die Haushaltsberatung, wird unter der Überschrift „Armuts-Reichtumsbericht" festgestellt: „Herr Knoche stellt den Antrag, über das Jahr 2004 hinaus weiterhin 10,00 Euro in dieser Position zu etatisieren." Und weiter heißt es dort: „Bei drei Ja-Stimmen wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt." CDU, FDP und SPD hatten gegen diesen Antrag gestimmt, obwohl ich damals die 10 Euro auf den Tisch gelegt hatte.

Am 30.6.2005 beschloss der Rat, bei 27 Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste sowie Solingen AKTIV: „Der Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, die Einrichtung einer Bergischen Kooperation: Armuts- Reichtumsbericht zu prüfen, wird zur Beratung an den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Wohnungswesen verwiesen. Die Verwaltung wird beauftragt, zu dieser Sitzung die Armutsberichte der Städte Remscheid und Wuppertal zur Kenntnis vorzulegen."

Protokoll 20.04.10
„Zwischenstand Armutsberichte: Herr Albermann stellt den Zwischenstand Armutsberichte vor. (Die PowerPoint Präsentation zu diesem Tagesordnungspunkt ist im Internet unter www.solingen.de/Ratsinfosystem - verfügbar.)

Die Ausschussmitglieder unterstützen die vorgestellte Planung der Verwaltung und weisen darauf hin, dass nun aus dem Armutsbericht im Rahmen der Sozialplanung Handlungsstränge definiert werden müssen (z.B. Quartier-/Stadtteilarbeit, Kindererernährung, Kinderarmut, Gesundheit), an deren man zukünftig arbeiten möchte. Als weitere Themenfelder werden die Personengruppe der allein lebenden Menschen, Bildungsarmut und Wohnen genannt. Die Berichterstattung zu den aktualisierten Daten des Armutsberichts sollen in Kurzform im Gremium dargestellt werden. RM Pickardt bittet, das 10 Punkte - Programm Kindergesundheit mit dem aktuellen Stand den Ausschussmitgliedern zukommen zu lassen. RM Bender merkt an, dass das Themenfeld „Frauenarmut" nicht gesondert betrachtet werden müsse, da die Berichte beide Geschlechter gleichermaßen betrachten.
Herr Beigeordneter Krumbein ergänzt, dass man sich für Herbst 2010 vorgenommen habe, exemplarisch in einem Stadtteil in einer Stadtteilkonferenz den Ansatz der Bekämpfung der Armut im Handlungsstrang Kinder und Jugendlichen mit allen Akteuren zu erproben. Er führt aus, dass der Aspekt „Pflege" dringend betrachtet werden müsse, da hier eine negative Kostenentwicklung abzusehen sei. RM Kurzbach merkt an, dass der Jugendbereich in den Stadtteilen dezentral Stellen mit dem Auftrag der Durchführung von Stadtteilkonferenzen zum Thema „Prävention Kinderarmut geschaffen bekommen habe."

Protokoll über die 5. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales am 1.9.2005 Punkt 7: Bergische Kooperation hier: Armuts-/Reichtums-Bericht. Antrag Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste vom 15.6.2005 an den Rat der Stadt Solingen. Drucksache Nr. 982: „Herr Bgo Smentek erläutert den bisherigen Beratungsweg. Unter Beteiligung von SB Herrn Lepenies, RM Herrn Bender, RM Frau Franz, RM Herrn Müller, RM Herrn Knoche, RM Herrn Hohn, SE Herrn Ohliger sowie Herrn Bgo Smentek wird im Ausschuss ausführlich das Für und Wider eines Armutsberichts diskutiert. RM Herr Bender stellt den Antrag, für Solingen einen eigenen Armutsbericht zu erstellen. RM Herr Knoche zieht den Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste zurück, der darauf zielt, einen Armuts-und Reichtumsbericht in Bergischer Kooperation zu stellen. Daraufhin beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, FBU, BfS und Bündnis 90/Die Grünen -offene Liste, dass ein Armutsbericht für Solingen erstellt werden soll. Gleichzeitig soll eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung und Fachleuten gebildet werden, die Wege aufzeigt, die aus dem Bericht gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen."

GESCHICHTSREVISIONISTEN AUF SCHLOSS BURG

BRILON (HOCHSAUERLANDKREIS) /SOLINGEN

Die „Landsmannschaft Ostpreußen“ NRW mit Sitz in Brilon (HSK) will eine Broschüre eines Kriegsschuldleugners veröffentlichen und kündigt zugleich den Auftritt eines CDU-Abgeordneten auf ihrem diesjährigen „Landestreffen“ in Solingen an. Die „Landsmannschaft Ostpreußen” ist bereits mehrfach mit einer Relativierung der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg hervorgetreten.

Kriegsanlässe 1939

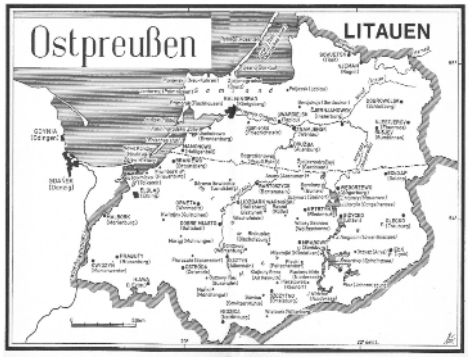
Wie der Landesverband NRW der „Landsmannschaft Ostpreußen“ mitteilt, will er in Kürze unter dem Titel „Danzig und Ostpreußen – zwei Kriegsanlässe 1939?“ einen Text von Gerd Schultze-Rhonhof als Broschüre veröffentlichen. Den Angaben zufolge hat Schultze-Rhonhof bei der „Frühjahrstagung” der Landsmannschaft am 16. März in Oberhausen referiert. Offiziell hatte es damals geheißen, Schultze-Rhonhof werde über „Historische Forschung und Geschichtspolitik zum Ausbruch des 2. Weltkrieges“ referieren – eine Formulierung, die den revisionistischen Charakter des Vortrags verschleierte.

Ein Hoffnungsträger

Gerd Schultze-Rhonhof, ein Generalmajor a.D. der Bundeswehr, hat vor allem mit einem Buch von sich reden gemacht, das den Beginn des Zweiten Weltkriegs behandelt. Es ist 2003 unter dem Titel „Der Krieg, der viele Väter hatte“ erschienen, leugnet die deutsche Alleinschuld am Weltkrieg, behauptet eine Mitschuld unter anderem Großbritanniens und Polens und wurde von der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ als „Grundlagenwerk” gelobt. Schultze-Rhonhof ist seit Jahren in der „Landsmannschaft Ostpreußen“ sehr gefragt, seine Behauptungen finden starke Zustimmung. Im November 2012 ist er von der „Landsmannschaft Ostpreußen“ auf Bundesebene mit einem „Kulturpreis für Wissenschaft“ geehrt worden. Ein früherer langjähriger Sprecher der Organisation, Wilhelm von Gottberg, erklärte in der Laudatio zur Preisverleihung, Schultze-Rhonhof sei „mit seinen Veröffentlichungen zu einem Hoffnungsträger für die nachwachsenden Generationen geworden“. Gottberg fügte hinzu: „Es wird – wann auch immer – ein Ende haben mit der Pariarolle Deutschlands in der Völkergemeinschaft“.

NS-Propaganda als Quelle

Die jetzt angekündigte Publikation folgt auf eine bereits erschienene Broschüre, die ebenfalls von der „Landsmannschaft Ostpreußen“ NRW herausgegeben worden ist und gleichermaßen auf einem Vortrag basiert. Referent bzw. Autor ist der Germanist Hartmut Fröschle. In Fröschles Broschüre heißt es, Polen habe vor dem Zweiten Weltkrieg „imperialistische Absichten“ gehegt, während die polnischen Behörden auf brutale Weise gegen die deutschsprachige Minderheit im Lande vorgegangen seien. Letzteres könne man als „systematische Entdeutschung“ einstufen. Über die Mobilmachung, mit der Polen sich 1939 für die Verteidigung gegen den absehbaren deutschen Überfall wappnete, heißt es in dem Text: „Wer angesichts dieser Tatsachen noch von einem Überfall Hitler-Deutschlands auf das ahnungslose Polen redet, ist entweder hoffnungslos hinter dem aktuellen Forschungsstand zurück oder er ist aus ideologischer



Verblendung nicht fähig, die Tatsachen zu sehen und richtig einzuordnen“. Als Beleg für angebliche „unbeschreibliche (…) Grausamkeiten“, die Polen(!) im September 1939 Deutschen(!) angetan hätten, dient dem Autor unter anderem ein 1940 veröffentlichtes, auf Bestellung von Goebbels verfasstes Propagandawerk des NS-Schrifstellers Edwin Erich Dwinger.

Festredner von der CDU

Für den 14. Juli kündigt der NRW-Landesverband der „Landsmannschaft Ostpreußen” sein diesjähriges „Landestreffen“ auf Schloss Burg in Solingen an. Die Festrede soll der CDU-Landtagsabgeordnete Gregor Golland halten. Nach seiner Rede sollen zunächst das „Ostpreußenlied“ und dann das „Deutschlandlied“ gesungen werden.

NRW rechtsaußen (http://nrwrex.wordpress.com/), ein Projekt der LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen (http://www.lotta-magazin.de/)

Das „deutsche Schulddogma“

Vor ihrem „Deutschlandtreffen“ beschwerte sich die Landsmannschaft Schlesien über die Tätigkeit der staatsfinanzierten „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Die Stiftung blende in ihrer inhaltlichen Konzeption angebliche Aggressionen beispielsweise Polens gegenüber dem Deutschen Reich sowie „Verbrechen an Deutschen“ aus.

Anstatt zum Beispiel auf die „ungerechte Behandlung durch das Versailler Diktat“ hinzuweisen, betrachte die Stiftung „das nationalsozialistische Deutschland“ als „die Ursache allen Übels“. Bereits letztes Jahr hieß es in einer Erklärung der Landsmannschaft, „in dem Hinweis auf deutsche Opfer“ sähen „die Gralshüter deutscher Schuldgesinnung“ stets „einen Angriff auf das deutsche Schulddogma“.

Newsletter vom 21.06.2013 - http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58629

DER AUFSTAND DER AUFRECHTEN

SCHLUSS MIT DER AUTORITÄREN BEVORMUNDUNG UND DER POLIZEIGEWALT GEGEN FRIEDLICHE DEMONSTRANTEN IN DER TÜRKEI!

Seit Wochen erreichen uns beunruhigende Nachrichten und zuletzt erschreckende Bilder aus allen Teilen der Türkei. Der friedliche Einsatz und der damit verbundene Meinungsausdruck für den Erhalt des innerstädtischen Grüngebiets im Zentrum Istanbuls kulminiert in der Forderung nach einer freien und lebenswerten Kultur und Gesellschaft. Die vom türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan geführte AKP-Regierung fördert seit Monaten die Demütigung der liberalen und freiheitlich denkenden jungen Generation in den Städten. Mit Drohgebärden Erdogans in den Medien und der Anweisung zum hemmungslosen Vorgehen der Polizei gegen jede Form des eigenständigen Denkens einer Bevölkerungs-schicht zeigt er sein Demokratieverständnis.

Der Protest gegen das gewaltvolle Auflösen einer friedlichen Demonstration im Gezi Park in Istanbul hat sich auf alle größeren Städte in der Türkei ausgeweitet. Was als kleine Demonstration und Willensäußerung für den Erhalt der Grünflächen im Gezi Park begann, ist nunmehr ein befreiender Protest gegen das autokratische Regierungsdenken und Handeln von Erdogan und weiter Teile seiner AKP Partei geworden.

Die Protestierenden vom Gezi Park sind zum Symbol für die große Sehnsucht und den Willen nach einer freiheitlich-demokratischen und humanistischen Gesellschaft geworden. Jung und alt, über alle ethnischen und politischen Grenzen hinweg haben sich freie Bürgerinnen und Bürger der Türkei in der gemeinsamen Forderung nach mehr individueller Freiheit, erstmals in der jüngeren türkischen Geschichte, zusammengefunden.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner haben großen Respekt vor der Zivilcourage der Menschen, die für die Freiheit des individuellen Denkens in einer Zivilgesellschaft aktiv eintreten. Sie riskieren ihre Gesundheit, ihre berufliche Karriere, um für ihre und unsere Werteideale einzutreten. Unsere Hochachtung all diesen jungen und alten BürgerInnen der Türkei. Wir solidarisieren uns namentlich mit den demokratischen und friedlichen Protestlern, ob aktive Beteiligte oder passiv unterstützende Menschen, die mit ihrem Handeln die soziale Lebenseinstellung der zukünftigen jungen Generation verteidigen. Bessere Vorbilder für die demokratische Einstellung gibt es nicht.

Wenn junge Paare nicht mehr offen auf der Straße Zärtlichkeiten austauschen dürfen, wenn das Feierabendbier oder der Wein zu geselligen Beisammensein als verwerflich eingestuft werden und im Alltag nicht mehr möglich sind, wenn die offene Meinungsäußerung zu Alltagsthemen zu beruflichem und gesellschaftlichem Ausschluss führt, wenn Kräfte, die vermeintlich für die Sicherheit verantwortlich sind, das eigene Volk drangsalieren, wenn unabhängige Pressearbeit unmöglich gemacht und der freie Informationsaustausch belauscht und systematisch verboten wird, wenn Unrecht zum Alltag geworden ist, dann ist friedlicher Widerstand Pflicht.

Die Gewalt des Staates in Wort und Tat muss sofort beendet werden, der türkische Premierminister muss die Legitimität der zivilgesellschaftlichen Proteste unverzüglich anerkennen und der berechtigten Kritik und den Forderungen der friedlichen BürgerInnen und Bürgern Gehör schenken. Alle verhafteten friedlichen Demonstranten, Journalisten und Studenten müssen umgehend freigelassen werden.

Erstunterzeichner

Ali DOGAN, Generalsekretär der Alevi-tischen Gemeinde Deutschland; **Dr. Lale AKGÜN**, MdB a.D., Politikerin, SPD; **Guntram SCHNEIDER**, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW; **Ullrich SIERAU**, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund; **Memet KILIÇ**, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; **Eva HÖGL**, MdB, SPD; **Andrej HUNKO**, MdB, DIE LINKE; **Sevim DAGDELEN,** MdB, DIE LINKE; **Günter WALLRAFF**, Journalist und Schriftsteller; **Senay DÜZCÜ**, Komikerin/Kabarettistin, Köln; **Hüseyin Kenan AYDIN**, MdB a.D., Die Linke, Politischer Sekretär beim Vorstand der IG Metall; **Prof. Dr. Elif ÖZMEN**, Universität Regensburg; **Prof. Dr. Riza ÖZTÜRK**, Fachhochschule Bielefeld; **Sven LEHMANN**, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen NRW; **Bernhard LASOTTA**, MdL in Baden-Württemberg, CDU; **Jörg Matthias FRITZ**, MdL in Baden-Württemberg, Bündnis 90/Die Grünen; **Bernhard von GRÜNBERG**, MdL in NRW, SPD; **Burkhard DREGGER**, MdA von Berlin, CDU; **Nihat ÖZTÜRK**, Dipl.-Sozialökonom, Gewerkschaftssekretär; **Dr. Kemal BOZAY**, Geschäftsführer, IFAK e.V.; **Ilhan ATASOY**, Kabarettist/Schriftsteller, Dortmund; **Kazim ERDOGAN**, Vorsitzender Aufbruch Neukölln e.V., Berlin; **Ufuk ÇAKIR**, Landesvorsitzender der Alevitischen Gemeinde NRW; **Aziz BOZKURT**, Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt der Berliner SPD; **Serdar YÜKSEL**, MdL in NRW, SPD; **Josephin TISCHNER**, Bundesvorsitzende der SJD - Die Falken; **Sedat ÇAKIR**, Integrationsbeauftragter Kreis Groß-Gerau; **Armin JAHL**, MdL in NRW, SPD; **Ali YILDIZ**, Christlich-Alevitischer Freundeskreis der CDU; **Dr. Susanna KAHLEFELD**, MdA von Berlin, Bündnis 90/Die Grünen; **Björn EGGERT**, MdA von Berlin, SPD; **Berivan AYMAZ**, Bundestagskandidatin, Bündnis 90/Die Grünen, Köln; **Kemal HÜR**, Freier Journalist; **Prof. Dr. Wolfgang KOHN**, FH Bielefeld; **Daniyel DEMIR**, Vorsitzender Bundesverband der Aramäer in Deutschland; **Prof. Dr. Ulrich TAMM**, FH Bielefeld; **Walburga BENNINGHAUS**, MdL in NRW, SPD; **Monika LENT-ÖZTÜRK**, Vorsitzende Mosaik e.V., Düsseldorf und Umgebung; **Dr. Akin KARA,** Arzt, CHP NRW, Dortmund; **Yildirim DENIZLI**, Künstler und Bildhauer, Ratingen; **Erol ÖZKARACA**, MdA von Berlin, SPD; **Leyla ÖZMAL**, Landesvorstand der Bündnis 90/Die Grünen NRW; **Fikret GÜNES**, Interkulturelles Bildungszentrum e.V., Essen; **Kenan KÜÇÜK**, Multikulturelles Forum e.V., Lünen; **Hüseyin KOÇAK**, Integrationsbeauftragter Kreis Kaiserslautern, CDU Kreistagsabgeordneter; **Ingo SIEBERT**, Geschäftsführer des August Bebel Instituts, Berlin; **Hülya DOGAN-NETENJAKOB**, Schauspielerin/Kabarretistin; **Moritz NE-TENJAKOB**, Autor/Satiriker; **Hakan TAS**, MdA von Berlin, DIE LINKE; **Egon NETENJAKOB**, Publizist; **Doris NETENJAKOB**, Journalistin; **Arnd SCHWENDY**, Leiter des Sozialamtes Köln a.D.; **Oguz SARIKAYA**, Rechtsanwalt, Köln; **Gerhardt HAAG**, Theaterleiter Theater im Bauturm, Köln; **Gönül SEN**, Kinderbuchautorin; **Volker MENZEL**, Sozialarbeiter; **Leyla ÇAKAR**, Lehrerin; **Ahmet AKGÜN**, Lehrer; **Sevil DOGAN**, Lehrerin; **Canan KALAÇ**, Verband der europäischen Muslime; **Gonca KALAÇ**, Gesicht zeigen für ein weltoffenes Deutschland; **Christian BÖHM**, Geschäftsführer JMT Deutschland; **Yasemin BÖHM**, Chefstewardesse der Lufthansa; **Yalcin KALAÇ**, Sozialarbeiter; **Cihan AKBABA**, Dipl.-Soziologe und Künstler; **Selda AKHAN SELBACH**, Schauspielerin/Theaterwissenschaftlerin; **Tino SELBACH**, Opernsänger; **Serhat DOGAN**, Schauspieler/Comedian; **Bahar DOGAN**, Examinierte Krankenschwester; **Serdar AKIN**, Vorsitzender des Bundes der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V.; **Ferhat DOGAN**, Lebensmittelingenieur; **Cansel KIZILTEPE**, Bundestagskandidatin, SPD, Berlin; **YIlmaz KAHRAMAN**, Islamwissenschaftler, Köln

TAKSIM IST ÜBERALL — ÜBERALL IST WIDERSTAND

Rede von Frank Knoche für den Solinger Appell anlässlich der Demostration gegen Polizeigewalt in der Türkei vom 27. Juni 2013

Hier, wir, die wir hier stehen, um gegen die brutale Polizeigewalt in der Türkei und anderswo zu protestieren, sind alle nicht freiwillig hier.

Wir wurden von einem Zentrum aus gesteuert, das überall auf der Welt ein großes Komplott vorbereitet.

So sieht es jedenfalls Erdogan, der in der türkischen Zeitung Hürriyet den Vergleich zwischen der Situation in der Türkei und Brasilien anstellte. Seiner Ansicht nach sei das südamerikanische Land Opfer des gleichen Komplotts.

Bei einer Rede vor Zehntausenden Anhängern in Samsun zeigte er sich überzeugt, dass diejenigen, die in der Türkei gescheitert seien, nun ihr Bestes in Brasilien geben würden. „Die Symbole sind die gleichen, die Plakate sind die gleichen, Twitter und Facebook sind die gleichen, die internationalen Medien sind die gleichen.“ Die Proteste würden vom gleichen Zentrum aus gesteuert, sagt Erdogan.

Ich weiß nicht, ob er mit seiner Verschwörungstheorien die Juden oder die Linken, oder beide meint, aber eines ist doch völlig klar:

Die Urheber der weltweiten Demokratie- und Protestbewegung haben kein Centrum, aus dem heraus ein großes Komplott geschmiedet wird:

Es ist das Volk, das sich immer selbstbewusster gegen autoritäre Regierungen, soziale Ungerechtigkeiten, unzureichende Bildung und Demokratie, sowie die Zerstörung der Umwelt erhebt.

Und sich mittels einer besseren Vernetzung über moderne Kommunikationssysteme immer besser versteht zu organisieren.

Istanbul, Ankara, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Kairo, Athen - auch wenn Demonstrationen und Umstürze nicht unbedingt zu vergleichen sind, fällt doch auf, dass deren Gründe sich seit einigen Jahren weltweit zunehmend ähneln.

Natürlich sind die Ursachen für alle diese großen Protestbewegungen vor allem in harten sozio-ökonomischen Fakten der Krise zu suchen.

Aber richtig gefährlich für das jeweils herrschende System wird es, wenn der Protest bis weit in die Mittelschichten hineingeht.

Und oft sind es gerade gut ausgebildete, der Mittelschicht angehörende Gruppen, mit den neuen Medien gut vernetzte junge Leute, Künstler und Intellektuelle, denen aber die Aufstiegs-Perspektive fehlte, die Freiheit wollten. Neben sozialen Fragen geht es um gesellschaftliche, demokratische Freiheiten, Ökologie, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe.

Hinzu kommt das abschreckende Beispiel von Repräsentanten der Staatsmacht, die korrupt, realitätsfremd, unfähig und dekadent sind.

Die Rebellion gegen eine autoritäre Regierung, gegen ein System, entzündet sich meistens nicht an Systemfragen. In der Türkei war es der Gezi Park, in Deutschland Stuttgart 21, in Brasilien der öffentliche Nahverkehr, in Griechenland jetzt aktuell die Aufgabe eines öffentlich-rechtlichen Senders. Die Anlässe für Erhebungen des Volkes sind im Vergleich zu früher doch sehr andere geworden.

Was sich allerdings wenig verändert hat, ist die Reaktion der autoritären, diktatorischen Regierungen. Die Unfähigkeit der Herrschenden, auf die Forderung nach Reformen demokratisch zu reagieren, radikalisiert gerade damit die Reformbewegung zu einer das System in Frage stellenden Bewegung.

Sicherlich kann man die Folgen der Polizeigewalt in Istanbul und Ankara nicht mit der vergleichen, die vor wenigen Wochen in Frankfurt gegen die Bloccupy-Proteste angewendet wurden.

Es ist schon ein großer Unterschied, ob man in der Türkei oder in Deutschland verhaftet wird. Gott oder wem auch immer sei Dank, dass wir in diesem Land noch ein hohes Maß an Rechtssicherheit und demokratischer Kontrolle haben.

Doch die Bilder ähneln sich. In Frankfurt bei Bloccupy, da demonstrierten vernünftige, aufgeklärte, zum Teil sehr gut situierte Menschen - wenn man so will die Mittelschicht - gegen die Macht, die Skrupellosigkeit, die Geldversessenheit der Banken - und wurden prompt von der deutschen Polizei eingekesselt, ihres grundgesetzlich verbrieften Demonstrationsrechtes und ihrer Freiheit beraubt.

Auch in Madrid und New York sind vor Jahresfrist die Occupy-Protestcamps mit Gewalt geräumt worden.

Da wird doch klar, dass die Scharfmacher hier, der CDU-Ministerpräsiden Bouffier in Hessen zum Beispiel und seine Parteifreunde in der Polizei, mit einem Erdogan Brüder im Geiste sind.

Reine Heuchelei ist es, wenn Merkel Erdogan kritisiert. Deutschland liefert nach wie vor Waffen an die Türkei und die Geheimdienste beider Länder arbeiten eng zusammen.

Die neusten Erkenntnisse sind, dass türkische Polizisten in Deutschland zur „Abwehr bei Großdemonstrationen“ ausgebildet wurden. Dies lässt die Frage offen, was genau sie hier gelernt haben, etwa bei Bloccupy in Frankfurt!

Was wir zur Zeit an Internationaler Solidarität erleben, dass es kaum einen regionalen oder nationalen Protest ohne internationale Unterstützung gibt, hat schon eine neue Qualität.

Die alten Herrschaftsmethoden - verhaften wir die Anführer, die Köpfe der Bewegung und sperren sie ein, dann ist erstmal Ruhe - funktionieren nicht mehr.

Zwar findet der Protest nicht im virtuellen Raum, sondern auf der Straße statt, dennoch spielen die neuen Medien bei den Umbrüchen eine entscheidende Rolle.

Das aufmüpfige Volk nutzt zunehmend die neuen Formen der Kommunikation, auch weil diese ihnen eine weitgehende Unabhängigkeit von den meist bürgerlich beherrschten, traditionellen Medien verschaffen.

Und es ist eine alte Erkenntnis, dass diejenigen gewinnen werden, die am engsten mit den modernsten Produktionsmitteln verbunden sind und diese am besten anwenden.

ATTAC-SOLINGEN ERKLÄRT SICH SOLIDARISCH

MIT DEN TEILNEHMERN DER BLOCKUPY-DEMONSTRATION AM 1.6.2013 IN FRANKFURT UND FORDERT DIE AUFARBEITUNG DER ÜBERGRIFFE DER POLIZEI AUF DIE DEMONSTRANTEN!

Das Bündnis „Blockupy“, zu dem auch Attac gehört, hatte zum 1. Juli zu einer großen Demonstration im Frankfurter Bankenviertel eingeladen. Die Demonstration richtete sich unter anderem gegen die ungerechte Finanz-Politik in Deutschland, Europa und weltweit; denn die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die Umverteilung der Vermögen von unten nach oben belastet besonders die sozial schlecht Abgesicherten. Auf diese gefährliche Entwicklung sollte aufmerksam gemacht werden, denn auch im globalen Norden geht es für viele nur noch bergab. In etlichen Ländern Süd- und Osteuropas haben sich die Lebensbedingungen schon längst dramatisch verschlechtert.

Die bunt gemischte, friedliche Demonstration wurde schon nach wenigen hundert Metern gestoppt: etwa 1.000 Personen an der Spitze des Demonstrationszuges wurden plötzlich von Polizei eingekesselt, die mit Schlagstöcken und Pfefferspray bewaffnet und schwarz uniformiert war. Zunächst kam es zu Verhandlungen. Die gerichtlich genehmigte Demo-Route sollte geändert werden, die Eingekesselten wegen angeblicher „passiver Bewaffnung“ erkennungsdienstlich erfasst werden. Unter „passive Bewaffnung“ fiel hier das Tragen von Regenschirmen, kleinen Wasserflaschen und Demo-Schildern. Als die Demoteilnehmer jedoch auf ihrem Recht zur Demonstration auf der gerichtlich genehmigten Route bestanden, kam es zu teilweise brutalen Übergriffen der Polizei, wobei außer Schlagstöcken und Pfefferspray auch Polizeistiefel zum Einsatz kamen. Die Demonstranen blieben trotz der Provokation friedlich, ließen sich nicht spalten und warteten bis zu neun Stunden darauf, dass die Eingekesselten nach der unsanft eingeleiteten erkennungsdienstlichen Behandlung endlich frei kamen.

Über das zeitgleich stattfindende, brutale Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten in der Türkei mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Wasserwerfern gab es in den Medien eine ausführliche Berichterstattung. Dort wurde und wird die Politik von Ministerpräsident Erdogan zu Recht heftig kritisiert. Doch der völlig unangemessene Polizeieinsatz im eigenen Lande wurde in der heimischen Presse leider nur am Rande erwähnt.

Wir sind entsetzt über die Szenen, die sich in der Türkei abspielen, aber genauso entsetzt über das rechtlich unzulässige Vorgehen der Polizei in Frankfurt gegen unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung. Wir fordern eine juristische Aufarbeitung der Vorgänge. Der Ministerpräsident des Landes Hessen, Herr Bouffier, Herr Rhein als Innenminister, Herr Thiel als Polizeipräsident von Frankfurt und Herr Schneider als Einsatzleiter der Polizei müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Protest-Demo der Blockupy-Bewegung gegen die Polizei-Gewalt am darauf folgenden Samstag, den 8. Juli mit über 6.000 Teilnehmern verlief friedlich und fröhlich - auf der geplanten Route an der EZB vorbei. Polizeiliche Einsatzkräfte hielten sich zurück oder waren kaum präsent. Es geht also auch anders!

Attac-Solingen
Birgit Correns

BLOCKUPY

SIE WOLLEN DEN KAPITALISMUS OHNE DEMOKRATIE, WIR WOLLEN DEMOKRATIE OHNE KAPITALISMUS

lnes, Du warst bei der Blockupy-Demo am 1. Juni 2013 in Frankfurt dabei, welche durch brutale Polizeigewalt gestoppt wurde. Was waren die Inhalte der Demo?

Die Verantwortlichen für die Verarmngspolitik in Europa anzuprangern. Das „Krisenmanagement“ der sog. Troika, der Europäischen Zentralbank (EZB), der EU-Kommission und des Internationalen Währungsfond (IWF) zu entlarven. Aufzuzeigen, dass die Rettungsschirme nur für Banken und das Kapital gelten. Das Spardiktat gegen die Bevölkerung führt zu extrem hoher Arbeitslosigkeit besonders bei jungen Menschen . Die EZB in Frankfurt ist ein Symbol des auswuchernden Kapitalismus.

Gegen die rassistische Grenz- und Abschiebepolitik der EU . Der Flughafen Frankfurt /Main ist zentraler Knotenpunkt (die Nummer 1) für Abschiebungen in Europa.

Auf einer der größten Einkaufsmeilen, der Zeil, auf die globale Ausbeutung durch die Bekleidungsindustrie aufmerksam zu machen (siehe Bangladesch, aber auch die prekäre Beschäftigung in der BRD).

Den Kunden der Deutschen Bank mal vor Augen zu führen, dass diese Geschäfte mit „Wetten“ auf die Preisentwicklung von Nahrungsmitteln macht.

Natürlich wurden auch noch viele andere Themen behandelt wie Rassismus, Frauenunterdrückung, Hartz IV etc.

Wie hast Du die Reaktion der Staatsmacht erlebt?

Ich habe mit Freunden erst einmal den ganzen Demozug an mir vorbeiziehen lassen und war begeistert von der Kreativität, der Vielfalt der Beiträge und „Partystimmung“ der absolut

friedlichen Teilnehmer. Allerdings war die Präsenz der Polizei dermaßen massiv, überall standen die „Space-Cowboys“ rum, Hubschrauber kreisten über uns und machten Gespräche oder auch Zwischenkundgebungen fast unmöglich. Nach ca. einen Kilometer ging es nicht mehr weiter. Wir wurden informiert, dass am Anfang der Demo gekesselt wurde, weil Feuerwerkskörper und Farbbeutel gegen die PolizistInnen geworfen sein sollten. Bunte, beschriftete Schirme, Syropor-Schilder wurden als Waffen, Sonnenbrillen und -hüte (es war sehr heiß) als Vermummung angesehen.

Wir sind dann dort hingegangen, aber ein sehr weitläufig gezogenes Polizeisperrband und viele „Robocops“ versuchten zu verhindern, dass man näher ran kam. Mir ist es trotzdem gelungen.

Meine Beobachtungen: Es wurde nicht zugelassen, dass Lebensmittel und Wasser wie auch SanitäterInnen sowie AnwältInnen zu den Eingeschlossenen gebracht werden. Wasserwerfer wurden aufgefahren, die TeilnehmerInnen (Familien mit Kindern, ältere Menschen, lustige Clowns etc) außerhalb des Kessels bedrohten. Das Gelände um die EZB war mit einer Wand von scharfklingigem NATO-Draht sowie Polizeihunden „gesichert“. Obwohl der Willy-Brandt-Platz unmittelbar an der EZB für die Schlusskundgebung genehmigt war.

Der Kessel dauerte fast neun Stunden, ca. 275 DemonstrantInnen wurden durch Pfefferspray, Knüppel etc. verletzt. Erst gegen Mitternacht konnten die letzten nach erkennungsdienstlichen Maßnahmen den Kessel verlassen. Die Strategie der Staatsmacht, die Demo zu spalten, ist aber nicht aufgegangen. Wir haben uns mit den Eingekesselten solidarisiert und sind geblieben.

Die Enttäuschung und Wut waren sehr groß. Ich habe viele Leute weinen sehen. Am Tag danach gab es im legendären „Club Voltaire“ ein spontanes Treffen von DemoteilnehmerInnen, die berichteten, was ihnen passiert ist und was sie beobachtet haben. Der Frust und die Ratlosigkeit standen im Raum. Wir sind zu der Einschätzung gekommen, dass diese Aktion der Staatsmacht aus dem Innenministerium geplant war. Dieses Jahr sind Landtagswahlen in Hessen, und es sieht nicht gut aus für Schwarz-Gelb. Innenminister Boris Rhein, protegiert von Roland Koch, muss harte Linie zeigen. Außerdem hat er nicht verwunden, dass er die Wahl zum OB von Frankfurt gegen den SPD-Mann Peter Feldmann 2012 verloren hat, obwohl Schwarz-Grün im Römer regiert.

Was tun?

Manfred Coppik, Mitglied des Landesvorstands der Linken in Hessen und Jurist sprach über Möglichkeiten einer Sammelklage gegen den gesetzwidrigen Einsatz der Polizei. Inzwischen gibt es eine Einzelklage der Linken wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht. Ausserdem geht es natürlich nächstes Jahr weiter. Ein Highlight wird sicherlich die Eröffnung des neuen Gebäudes der EZB an der Großmarkthalle im Osten Frankfurts sein.

Eine Woche später haben die Frankfurter auf die völlig überzogene Reaktion der Polizei reagiert. Da waren mehr Leute auf der Straße als erwartet. War das für Dich überraschend?

Ja sehr. Die Demo war für 300 Menschen angemeldet, aber es waren mindestens so viele Leute, wenn nicht sogar mehr, als bei der ersten Demo eine Woche zuvor. Und, es sind viele Frankfurter BürgerInnen gekommen, die normal nicht auf Demos gehen, aber empört über den Polizeieinsatz in ihrer Stadt waren. Vor allem Ältere, sogar einige mit ihrem Rollator, und sehr viele Familien mit ihren Kindern waren dabei. Außer Verkehrspolizei hat man keine Uniformierten gesehen. Wir waren uns praktisch selbst überlassen, ein komisches Gefühl. Die Stimmung war ausgelassen und befreit. Wir konnten tatsächlich die Route gehen, die uns eine Woche zuvor so brutal verwehrt wurde. Nur in der Nähe der EZB standen ein paar freundlich blickende PolizistInnen in normalen Uniformen ohne Helm. Vor dem großen Euro-Zeichen vor der EZB, diesmal ohne NATO-Draht, fand ein Happening statt. Zum Beispiel wurde ein Tango-Tanzkurs spontan dorthin verlegt. DemonstrantInnen brachten ihre eine Woche vorher als Waffen bezeichneten Styropor-Schilder an. Friedlich, entspannt, befreit, bunt, kreativ — es war ein voller Erfolg!

Auf beiden Demonstrationen gab es interessante neue Aktionsformen.

Der sogenannte „Schwarze Block“ war bei der ersten Demo mit bunten Schirmen, die mit Forderungen und Parolen beschriftet waren, Sonnenbrillen und Styropor-Schildern „bewaffnet“. Viele andere DemonstrantInnen hatten auch Schirme als Symbole für den Euro-Rettungsschirm dabei. Der Schirm ist zum Symbol der Aktionen geworden. Bei der zweiten Demo waren es noch mehr Schirme. Positiv für die zweite Demo war für uns, dass es keine Blockbildung gab, alles bunt durcheinander, was auch den Austausch untereinander interessant machte.

Lassen sich die Ereignisse in Frankfurt mit denen der Reaktion auf die Demokratiebewegung in der Türkei vergleichen?

Das ist schwierig zu beantworten. Was die Polizeigewalt angeht, kann man sicherlich Vergleiche anstellen. Die Staatsmacht schützt halt ihr System. Was die Konsequenzen z.B. für Festgenommene/Inhaftierte angeht, sind wir hier noch nicht bei türkischen Verhältnissen. Aber die Verbindung zwischen den Protesten zeigt eine lange nicht mehr gekannte Form der Solidarität.

Hinweisen möchte ich auf das schon im Herbst 2012 gegründete bundesweite Bündnis zwischen Blockupy Frankfurt und Almanya demokratik güc birligi platforum, eine neue Vereinigung aus linken, kurdischen, alevitischen und vielen migrantischen Organisationen aus der Türkei.

Welche Kräfte und Bündnisse haben die Frankfurter Aktionen getragen?

Das waren die Partei die Linke, Antifa-Gruppen, Attac, linke, kommunistische, autonome, anarchistische Gruppen, Gewerkschaften, Friedens- und Umweltgruppen, Jusos, Eine-Welt-Gruppen, MigrantInnen- und Flüchtlingsgruppen, Occupy-Ortsgruppen, Parkschützer von Stuttgart 21, Arbeitslosen und Hartz IV-Initiativen etc.

Mehr Infos unter: Blockupy-frankfurt.org
Viele videos auf You Tube, z.B. castro-tv

Wer oder was ist Attac?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen,
wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen.Wir machen uns Gedanken über
Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen,
die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf.
Denn: Eine andere Welt ist möglich!

Bei unseren Veranstaltungen und den monatlichen Treffen - normalerweise
an jedem 1. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café Courage,
Klemens-Horn-Straße 3, Solingen - sind interessierte Mitmenschen immer
herzlich willkommen.

Mehr Infos: www. attac-netzwerk.de/solingen
Kontakt: solingen@attac.de
Birgit Correns, Tel.: 0212 / 80157

attac SOLINGEN

UND SCHON WIEDER NUR VERLOREN, KGH

ODER, WIE SICH AGGRESSIVE UND GEWALTTÄTIGE PROS MIT IHRER VERLEUMDUNG GERICHTLICH

Für viele der LeserInnen wird der Jahresbeginn 2012 gedanklich schon weit zurückliegen. Für die Solinger Innenstadt hatte diese Zeit zwischen Winterausklang & Frühling einige unschöne Tage parat, was - allerdings im Gegensatz zu 2013 - nicht vornehmlich am Wetter lag... Ein bisher selten vorgetragener Aktionismus erfasste die Parteien REP & PRO, sich in NRW, darunter auch in Solingen, vermehrt zu produzieren!

Am 11. Feburar 2012 meinten die Republikaner, aus ihrer eigentlichen Leichenstarre heraus doch noch mal aufzuwachen und auf dem Mühlenplatz eine „Mahnwache gegen Salafismus“ abhalten zu müssen. Trotz ziemlicher Kälte kamen knapp 100 Gegendemonstranten und konnten die REPs locker im Schach halten und von der Außenwelt abschotten. Ein guter Anfang!

Das Ende sah nicht so gut aus: Die PRO-Demo vom 1. Mai 2013 endete in einem Angriff von Salafisten auf die PROs. Die Polizei stellte sich in den Weg und schon hatte PRO die von ihnen gewünschten und provozierten Bilder. Zudem wurden zwei antifaschistische Demonstranten angegriffen und einer von ihnen schwer verletzt. Was für eine Scheiße!

Davor, am 24. März, waren PROs schon einmal in Solingen gelandet: Im Rahmen einer NRW-weiten Tour waren sie zunächst am Vormittag in Remscheid. Am Nachmittag dann in Solingen. Remscheid konnte sie - wie meist üblich - in ein abgelegenes Gewerbegebiet schicken, wo sie - von der Außenwelt abgeschottet - ihr krankes Weltbild demonstrieren durften. In Solingen wurden sie - dies ist hier leider schlechte Tradition - in die Fußgängerzone gelassen. Mitten unter normale Menschen! :-(

Demo-Teilnehmer beim „Dokumentieren“

Das Solinger Bündnis Buntstatt-Braun organisierte eine Gegenkundgebung, zwar unmittelbar in der Nähe, verzichtete aber darauf, aufzurufen, sich die PROs mal ganz aus der Nähe anzusehen (gewaltlos, natürlich!). So machten sich am Ende nur ein knappes Dutzend Leute auf, dort hinzugehn, wo's (akustisch und optisch) weh tut: Zur PRO-Kundgebung, um sich dann „spontan“ zwischen Beifallklatschen und Buhrufen zu entscheiden. Zu dieser Gewissensentscheidung sollte es für einige gar nicht kommen... Auf der Kreuzung Hauptstraße/ Kasinostraße - dort wo PRO angemeldet hatte - standen nun eine handvoll Antifaschisten, als zuerst die Polizei, unter anderem mit einem Kamerawagen, dann ein wenig Fußvolk von PRO und schließlich deren Demowagen (ein Mercedes Sprinter) einmarschierten. Der Demowagen steuerte genau auf einen Antifaschisten zu, allerdings für diesen unsehbar in seinem Rücken. Wie auch im weitere Verlauf zeigten sich die PROs nun extrem aggressiv, ja wie aufgeputscht. Ein sogenannter Ordner der PROs rannte auf die stehende Person zu, brüllte den Antifaschisten an (er solle den Platz verlassen und den Weg für den Wagen, der sich ihn ihrem Rücken befand) und schmiß ihn, als er nicht unmittelbar floh, zu Boden. Der Demowagen der PROs fuhr dann sofort los und nur wenige Zentimeter am Kopf des auf dem Boden Liegenden vorbei. Auf diesen Vorfall kam dann sogar relativ zügig die - überall herumstehende - Polizei. Dem Geschädigten bot man Hilfe an und riet, eine Anzeige zu erstatten. Den Vorfall habe man mit dem Kamerawagen gefilmt. Der zu Boden Geworfene erstellte wenige Tage später die Anzeige, schließlich hatte er eine schmerzhafte Prellung am Fuß davongezogen, aber das Polizei-Video ist im Laufe der Ermittlungen der Anzeige verschwunden!!

Markus Beisicht, PRO-NRW-Redner in Solingen

Dass Polizeivideos nicht den Sinn haben, Opfer von faschistischen Aggressionen zu helfen, sondern in solchen Fällen den üblichen Gang gehen - ausführlich öffentlich begutachtet im NSU-Prozeß - zeigte auch der zweite Vorfall, unmittelbar danach: Beim Rangieren des Demowagens fuhren die PROs eine Gegendemonstrantin an - wieder fuhren sie zunächst im Rücken der Person - und streiften sie beim Vorbeifahren ohne jede Vorwarnung mit dem Außenspiegel. Verletzt wurde niemand, aber nun stürmten die PROs wieder los. Die nebenstehende Person (ein Mann) wurde beschimpft und körperlich bedrängt. Die Taktik, den politischen Gegner körperlich zu attackieren und dabei auf eine Reaktion zu hoffen, bei der man sich theatralisch als Opfer darstellen kann, beherrschen sie ja bekanntermaßen... Als erster versuchte sich Markus Beisicht himself: Mit hochrotem Kopf brüllte er die Person an, kam bis auf Körperkontakt heran und drückte weiter mit seinem Oberkörper. Dies konnte den Antifaschisten aber nicht zu einer unüberlegten Handlung treiben. Daraufhin ließ er ein wenig ab und der zweite PRO - Typ ehemaliger Preisboxer - versuchte sein Glück. Dieselbe Taktik, nur diesmal mit dem „finalen Rettungsgriff“: Er kniff dem Antifaschisten in die Leistengegend. Der Gekniffene wußte sich nur noch dadurch aus der Situation zu befreien, daß er die Aggressoren mit flachen Händen weg schob. Beisicht und der zweite PRO schrieen daraufhin wie abgesprochen „Körperverletzung, Körperverletzung!“. Unmittelbar darauf riefen sie einen Polizisten, und der zweite PROler stellte eine Anzeige wegen angeblicher Körperverletzung. Dass dies der blanke Hohn war, versteht sich von selbst. Außerdem versuchte er nicht mal zu simulieren, daß er Schmerzen habe. Der in Wahrheit Angegriffene ist eher schmal gebaut und er hatte zu sich keiner Zeit aggressiv verhalten.

Im Frühjahr 2013 tauchen die Ereignisse aus dem Vorjahr wieder auf:

- Die „Salafisten-Prozesse“ über die Angriffe am 1.Mai begannen.
- Die Anzeige gegen den PROler, der einen Antifaschisten am 24.März zu Boden gewor-

fen hatte, wird erst eingestellt, dann wieder aufgenommen - und verläuft nun im Sande. Wie erwähnt bestreitet die Polizei, ein Video von dem Tag zu haben.

Die Anzeige wegen Körperverletzung gegen den Antifaschisten entwickelt sich weiter und es kommt zu einem Prozess am Amtsgericht Solingen. Unnötig zu erwähnen, das die Polizei auch das Video hierzu geschreddert...äh nie besessen hat, natürlich!

Im Prozess am Amtsgericht wurde der angeklagte Solinger, logischerweise, vom Vorwurf der vorsätzlichen Körperverletzung freigesprochen; so weit, so gut. Dass dieser Prozess überhaupt zustande kam, ist der eigentliche Skandal. Der Kläger hieß Christian Friedrich Wilhelm Schaaf und sein Zeuge Kevin Gareth Hauer. Beide sind PRO-NRW-Mitglied aus Gelsenkirchen und dort auch im Stadtrat. Während Ersterer öffentlich bisher kaum in Erscheinung trat, ist KGH einer der Vize-Vorsitzenden von PRO NRW und dort Fraktionschef. Er ist eine wahrlich schillernde Figur, dazu unten mehr! Der Kläger und sein Zeuge verstrickten sich schon bei der Anzeigeerstellung in Wider-sprüche. Im Solinger Tageblatt waren schon zu einem Vorbericht für die PRO-Demo am 1.Mai 2012 Bilder vom der Demo am 24.März 2012 erschien, die die Tathergangs-Versionen des Klägers extrem unwahrscheinlich erscheinen ließen, bzw. ihnen teilweise offen widersprachen. Dies konnten die beiden auch im Prozeß nicht widerlegen. Vielmehr beriefen sie sich darauf, nach der langen Zeit von fast einem Jahr, sich an nichts mehr erinnern zu können - außer an den Schlag (welche Faust, wie oft und sonstige Details waren ihnen entfallen)!

Im Angesicht der Aussichtslosigkeit verließen sie sie schon vor Prozessende das Amtsgericht und waren nicht mehr in Solingen gesehen.

Nun zu der schillernderen der beiden Personen. Wer selbst einmal auf das sehr aktive Mitglied der rechtextremen Partei stößt, wird die folgenden Infos ggf. hilfreich finden... Sie wurden alle aus öffentlich zugänglichen Quellen zusammengestellt!

Kevin Gareth Hauer trat in dem Prozeß als ZEUGE auf. Wie einer Person mit seiner Historie vor Gericht Glauben geschenkt werden soll, entzieht sich meinem Vorstellungsvermögen:

- August 2012: Das Bochumer Land-gericht weist eine Unterlassungsklage von Kevin Gareth Hauer (PRO NRW) ab. Hauer hatte auf Unterlassung geklagt, wollte dem Chef der UBP gegen ein Zwangsgeld von bis zu 250.000 Euro verbieten, bestimmte Sätze über (Nicht-)Kontakte zwischen UBP und PRO NRW rund um das Wahljahr 2010 nochmals öffentlich zu verbreiten. Hauer hatte nicht nachweisen können, dass seine Behauptungen der Wahrheit entsprechen.
- Februar 2009: KG Hauer will dem Macher des Blogs „Ruhrbarone“ gerichtlich verbieten lassen. zu behaupten, er sei von PRO NRW bedroht worden. Dieser kann aber Emails mit Drohungen durch PRO NRW vorzeigen.
- August 2009: Die Stadt Gelsenkirchen erwirkt eine gerichtliche Unterlassungsverfügung, seine Behauptungen, Gelsenkirchen „soll… sich nicht SED-Methoden aneignen und die Stadt wolle mit allen Mitteln den Wahlantritt von PRO NRW in Gelsenkirchen verhindern“ zu wiederholen. Die Strafe für eine Zuwiderhandlung wurde auf ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro und sechs Monate Haft festgelegt.
- 2009: Das OLG Hamm urteilt, daß die Bezeichnung Hauers als „alter Nazi“ keine Straftat ist. So wurde Hauer im Jahr 2007 - am Rande einer Demonstration - vom Ratsherr Wolfgang Meyer (Linke) in Gelsenkirchen bezeichnet.

Karl Heinz

ERFOLG FÜR PROTEST GEGEN WASSERPRIVATIESIERUNG

EU-Kommission lenkt nach dem massiven Bürgerprotest ein: Keine Privatisierung der Wasserversorgung!

Die EU-Kommission beugt sich damit dem Protest von mehr als 1,5 Millionen EuropäerInnen: Die Behörde will die Wasserversorgung aus dem Entwurf für die umstrittene Richtlinie streichen.

„Wasser ist ein Menschenrecht“ ist die erste europäische Bürgerinitiative - und sie hat jetzt schon Erfolg: die EU-Kommission ändert als Reaktion auf die massiven Proteste den Vorschlag für die umstrittene Richtlinie ab. Der zuständige Binnenmarktkommissar Michel Barnier will die Wasserversorgung von der geplanten EU-Konzessionsrichtlinie ausnehmen. Damit möchte die Brüsseler Behörde klarstellen, dass sie keine Privatisierung der Wasserversorgung plante. Viele europäische BürgerInnen hatten genau das befürchtet.

Deshalb haben mehr als 1,5 Millionen Menschen in allen Ländern der EU in den vergangenen Monaten im Rahmen der ersten europäischen Bürgerinitiative einen Aufruf für den freien Zugang zu Wasser und zur sanitären Grundversorgung unterzeichnet. Mehr als acht europäische Länder erreichen bereits jetzt die erforderlichen Stimmen. Die Initiative protestiert gegen die geplanten EU-Gesetzespläne zur Liberalisierung der Wasserwirtschaft. Mit dem jetzt schon erreichten Ergebnis forderte die Initiative nun die Kommission zum Handeln auf.

Besonders in Deutschland hat das Vorhaben der Kommission heftige Gegenwehr ausgelöst. Außer vielen Nichtregierungsorganisationen haben unter anderem der Deutsche Städtetag und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) ebenso wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und viele andere PolitikerInnen vor einer Privatisierung der Wasserversorgung gewarnt.

Kommissar Barnier beugt sich jetzt dem Bürgerprotest. „Ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger somit sehen, dass die Kommission ihnen Gehör schenkt“, heißt es in seiner Mitteilung. Allerdings habe die Richtlinie ohnehin nie auf eine zwangsweise Privatisierung des Trinkwassers durch die Hintertür gezielt…

Deshalb plädiere er dafür, die Wasserversorgung vom Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie auszunehmen, teilte Barnier am vergangenen Freitag mit. Auslöser der heftigen Debatte war das Vorhaben Barniers, in der gesamten EU einheitliche Regeln zur Vergabe von Konzessionen für Dienstleistungen, inklusive der Wasserversorgung zu schaffen. Unsere Bürgerinitiative hat den Widerstand gegen die geplante EU-Richtlinie mit unterstützt und freut sich deshalb ganz besonders über diesen Erfolg.

Birgit Correns
Solingen gehört uns!
Bürgerinitiative gegen die Privatisierung von kommunalem Eigentum

„Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative "Solingen gehört uns!"
setzt sich für den Erhalt und die Sicherung der öffentlichen Daseinsfürsorge ein.
Aktuell setzen wir uns für eine bürgernahe und sichereEnergie- und Wasserversorgung ein,
die demokratisch und transparent gestaltet wird.
Wir wollen die dezentrale, nachhaltige Energieerzeugung zu sozial vertretbaren Preisen.
Wir unterstützen die Gründung einer Bürgerenergie-Genossenschaft, um die
notwendigen Investitionen für die Energiewende in Solingen zu finanzieren.
Ebenso sind uns Verbesserungen beim ÖPNV ein Anliegen.

Wir treffen uns jeden ersten Montag im Monat um 19:00 Uhr
im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3.
Interessierte sind stets herzlich willkommen.

Web: www.solingen-gehoert-uns.org
Mail: info@solingen-gehört-uns.org

AUSGEWÄHLTE KURZMELDUNGEN

Erstes Mandat für „Die Partei“
Bei der Kommunalwahl in Lübeck hat der Kandidat der Partei „Die Partei“ mit 831 Stimmen, gleich 1,3 Prozent, das erste Ratsmandat für die „Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative“ - kurz: „Die Partei“, gewonnen. Satiriker (Titanic) und Bundesvorsitzender der Partei „Die Partei“, Martin Sonneborn, peilt als nächstes Ziel die Bundestagswahl an. Bei der Bundestagswahl 2009 wurde die Partei „Die Partei“ nicht zugelassen. Danach hat sie eine Rechtschutzversicherung abgeschlossen und sieht sich auf der Gewinnerstraße. „Detailfragen klären wir nach der Machtübername“, erklärt Martin Sonneborn.
(Junge Welt vom 29.05.2013)

ALG-II-Sanktionsquote 9,4 %
529.371 erwerbsfähige ALG-II-Leistungsberechtigte waren im Jahr 2012 mindestens einmal von einer Sanktion betroffen. Das sind 9,4 % aller erwerbsfähigen ALG-II-EmpfängerInnen insgesamt. Diese Statistik wurde von der Bundesagentur für Arbeit ermittelt, welche die Höhe der Sanktionierten bislang über Jahresdurchschnittszahlen verschleierte, so dass die Medien in der Regel nur von 3,4 Prozent Sanktionierten berichteten.
(Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe)

Islamisierung eines säkularen Staates
„Syrien. Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert“, heißt das neue Buch von Christiane Reymann und Wolfgang Gehrcke, erschienen im PapyRossa-Verlag. Hier kommt der Auslandssprecher des oppositionellen Koordinationsbüros für demokratischen Wandel in Syrien (NCB), Haytham Manna, zu Wort. Der NCB vereint Gruppen und Parteien, die Gewalt als Weg zur Lösung des syrischen Konfliktes ablehnen.

Syrische Flüchtlinge aufnehmen
Viele der syrischen Staatsbürger, die in Deutschland leben, wollen Verwandte bei sich aufnehmen, doch häufig verweigern deutsche Behörden Schutzsuchenden die Einreise. Viele Flüchtlinge sitzen deswegen seit Monaten mittellos irgendwo zwischen Syrien und Europa und unter besonders unmenschlichen Bedingungen in Griechenland fest. Deutschland und andere EU-Staaten müssen Schutzsuchende aus diesen Ländern einreisen lassen.
(Pro Asyl)

Städtetag zur Daseinsvorsorge
„Die Gemeinden betätigen sich wirtschaftlich (…) um öffentliche Pflichten zu erfüllen. (…) Gas, Wasser und Elektrizität sind für viele unentbehrliche Lebensbedürfnisse, deren sichere und angemessene Befriedigung heute mehr denn je eine öffentliche Aufgabe ist.“
(Deutscher Städtetag vom 23.04.2013 in Würdigung der Erklärung des Deutschen Städtetages im Jahr 1926)

Keine Grenze bleibt ewig
Eine öffentliche Ausstellung der Pommerschen Landsmannschaft klagt über den Abschluss des Deutsch-Polnischen Grenzbestätigungsvertrages im Jahr 1990 und regt zum Nachdenken über ein Ende der „Spaltung“ Pommerns an. Mit dem Grenzbestätigungsvertrag hätten „einmal mehr Auswärtige über das Schicksal der Pommern“ entschieden, heißt es. Allerdings blieben Konstrukte, Staaten oder Grenzen „nie“ ewig bestehen.
(Newsletter vom 14.06.2013: http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58624)

An Präsident Barack Obama:
„Bitte stellen Sie sicher, dass Whistleblower Edward Snowden gerecht und menschenwürdig behandelt wird und ein ordnungsgemäßes Verfahren erhält. Das PRISM-Programm stellt eine der schwerwiegendsten Verletzungen der Privatsphäre dar, die je von einer Regierung begangen wurde. Wir fordern Sie auf, es umgehend zu beenden. Edward Snowden soll als ein Whistleblower anerkannt werden, der im öffentlichen Interesse gehandelt hat - und nicht wie ein Schwerverbrecher behandelt werden.“
(Aufruf von Avaaz.org, 12.06.2013)

Gleb vor Abschiebung gerettet
Eine 5. Klasse aus Hamburg hat ihren Klassenkameraden Gleb vor der Abschiebung gerettet. Dazu bedurfte es nur einer Petition und einiger Tausend Unterschriften.
Gleb floh wegen seiner lebensbedrohlichen Leukämie-Erkrankung nach Deutschland. Mit einer Operation konnten die Ärzte sein Leben retten und er begann, in Hamburg zur Schule zu gehen. Hier wurde er schnell zum Klassenbesten. Aber dann wollte ihn die Regierung wieder nach Russland abschieben. Um seine Ausweisung noch zu stoppen, starteten seine Klassenkameraden eine Bürgerpetition an die Politiker in Hamburg.
(Avaaz.org)

Eine ukrainisch-deutsche Revolution sozialer Nationalist*en*
Enge Verbündete Berlins in der Ukraine intensivieren ihre Zusammenarbeit mit einer erstarkenden Partei der extremen Rechten, um eine prowestliche Politik in Kiew zu erzwingen. Mitte Mai haben die zwei größten ukrainischen Oppositionsparteien „Batkiwschtschina“ und „UDAR“ einen formellen Wahlpakt mit der rassistisch-antisemitischen Partei „Swoboda“ ge-schlossen. Batkiwschtschina, wie auch UDAR gelten als prowestlich, arbeiten mit Berlin zusammen und werden von der CDU und deren Stiftung unterstützt.
Swoboda beruft sich auf Tradition von NS-Kollaborateuren und hat bei den letzten Parlamentswahlen mehr als zehn Prozent der Stimmen erzielt. Die Partei hetzt gegen eine „Moskau-jüdische Mafia“ und will den russischen Einfluss weitestgehend zurückdrängen. Sie arbeitet auch mit der deutschen NPD zusammen.
(Newsletter vom 06.06.2013 - http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58617)

EM KOTTEN
Neumarkt 9
42651 Solingen
Tel.: 0212-15582
weitere Infos unter
www.em-kotten.de

Die ostpreußische Kriegsschulddebatte
Die vom Staat finanziell und politisch unterstützte Landsmannschaft Ost-preußen stellt die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg zur Debatte. Wie es in einer von dern Landsmannschaft verbreiteten Veröffentlichung heißt, sei es „notwendig“, künftig auch „die Ereignisse und Handlungen des polnischen Staates“ in den Blick zu nehmen, „die zur Entwicklung und zum Ausmaß“ des Zweiten Weltkrieges beigetragen hätten. Wer angesichts der Mobilmachung des von Nazideutschland offenkundig bedrohten Polen Ende August 1939 „noch von einem Überfall Hitler-Deutschlands auf das ahnungslose Polen“ rede, sei „entweder hoffnungslos hinter dem aktuellen Forschungsstand zurück“ oder „aus ideologischer Verblendung“ unfähig, „die Tatsachen zu sehen“.
(Newsletter vom 04.06.2013 - http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58615)

Militärbriefmarke zurückziehen
Anfang Juni 2013 veröffentlicht das Bundesfinanzministerium eine Sondermarke: „Bundeswehr - Im Einsatz für Deutschland“. Das Anliegen der Briefmarke sei es, „für die gesellschaftliche Wertschätzung der Leistungen der Angehörigen der Bundeswehr zu werben.“ Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) erklärt hierzu: „Wir wollen keine Briefmarke, die die Heimatfront stärken soll, den militärische Werbefeldzug für die Bundeswehr fortsetzt und die Gesellschaft mit Militärsymbolen durchsetzt. Wir protestieren gegen die subtile Militär-Propaganda des Finanzministeriums. Wir fordern den Minister der Finanzen Wolfgang Schäuble auf: Ziehen Sie die Propaganda-Briefmarke „Bundeswehr. Im Einsatz für Deutschland“ zurück und entfernen Sie diese aus dem Handel.
(www.feldpost.dfg-vk.de)

Deutsche Aufstandsbekämpfung
Das Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie (ICT) organisiert erneut einen Kongress über sogenannte Nicht-Letale Waffen (NLW) zur Aufstandsbekämpfung. Das anberaumte Symposium soll sich insbesondere mit der Frage befassen, ob sich NLW, beispielsweise Blendschockgranaten oder Reizgas, im Rahmen von militärischen und polizeilichen Operationen als „wirksam“ erwiesen haben - etwa zur Niederschlagung von Krisenprotesten in Westeuropa oder zur Bekämpfung innenpolitischer Opponenten in den Ländern des globalen Südens. Auf der Basis bisher gesammelter „Einsatzerfahrungen“ sollen „Fähigkeitslücken“ mit dem Ziel identifiziert werden, diese durch forcierte Forschungsanstrengungen zu schließen. Neben dem ICT und verschiedenen Dienststellen der Bundeswehr sind auf der mehrtägigen Veranstaltung auch etliche zivile deutsche Hochschulen vertreten.
(Newsletter vom 31.05.2013 - http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58612)

Sondermarke: Bundeswehr – Im Einsatz für Deutschland Quelle: Heer/BMF

Bürgerfunk in Remscheid und Solingen
Juli
2.7.2013 21:00 Radio Stammtisch
7.7.2013 20:00 Stimme der Senioren
14.7.2013 20:00 Hangkgeschmedden
16.7.2013 21:00 Ohrwerk
27.7.2013 19:00 Mixed Tape

August
4.8.2013 20:00 Stimme der Senioren
6.8.2013 21:00 Radio Stammtisch
11.8.2013 20:00 Hangkgeschmedden
31.8.2013 19:00 Mixed Tape

Septenber
1.9.2013 20:00 Stimme der Senioren
3.9.2013 21:00 Radio Stammtisch
8.9.2013 20:00 Hangkgeschmedden
17.9.2013 21:00 Ohrwerk
28.9.2013 19:00 Mixed Tape

amnesty international
ai
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424
Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen

gruppeninfos

AG Weiße Rose
Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:
Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Café Courage, Kontakt: Tel.: 415 78

Attac: Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: solingen@attac.de

Ausländerrechtliche Beratungskommision:
Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 415 78)oder Diakonisches Werk, Frau Scott (287 27)

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bündnis Cobra: myspace.com/buendniscobra

Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Kontakt: Gerhard Walsken, Walter-Dodde-Straße 21, Tel.: 81 00 56 oder 2 47 43 80

Cafè Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h Kantine / COBRA, Tel.: 659 86 89

DFG-BK Niederberg/Berg, Land: Beratung für Kriegsdienstverweigerer**:** Kontakt Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

FAU Solingen, anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Cafe Courage, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Flüchtlingsberatung: in den Räumen der urgewählten Mitglieder des Integrationsrates, Cobra (Seiteneingang Robert-Klaas-Str.), Kontakt: Tel: 0171/82 02 69

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str., Tel: 5 54 70

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“: Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

Lesbentelefon: Montag 20 - 22 h, Tel: 0202/44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Blos, Tel.: 2 30 97 77

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rasissmus: c/o Café Courage,
Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 18.7.2013, 20h, dann 14-tägig

Stiftung W: www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

Tauschring: Treff jeden 2. Montag im Monat (außer Sommerferien und Dez.) 19:30h, Eine-Welt-Laden Methodist. Kirche, Friedrichsstr. 39

Türkischer Volksverein: Mehrgenerationenhaus, Mercimek-Platz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

Unterstützerkeis Stolpersteine: c/o Café Courage,
Kontakt**:** Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):
www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom; Mohrenkamp 20, 42653 Solingen,
Tel.: 59 07 96